

Antragsheft 2

1. Tagung des 8. Landesparteitages

**am Samstag, 13. März 2021 und Sonntag, 14. März 2021
in der Leonore-Goldschmidt-Gesamtschule (IGS Mühlenberg)
Mühlenberger Markt 1, 30457 Hannover**

Tagesordnung (Vorschlag)

	Samstag, 12. März 2021	Uhrzeit
Top	Coronatests/Mandatsprüfung	09:30
1.	Begrüßung durch die Landesvorsitzenden	11:00
2.	Formalien	11:15
	2.1. Beschluss der Tagesordnung	
	2.2. Beschluss der Geschäftsordnung	
	2.3. Wahl des Tagungspräsidiums	
	2.4. Wahl der Mandatsprüfung	
	2.5. Wahl der Antragskommission	
	2.6. Wahl der Wahl- und Zählkommission	
	2.7. Wahl einer Protokollant*in	
	2.8. Verabschiedung der Geschäftsordnung	
3.	Gedenken der Verstorbenen	11:30
4.	Rechenschaftsbericht der Landesschiedskommission	11:45
5.	Rechenschaftsbericht LaVo	12:00
6.	Rechenschaftsbericht Landesschatzmeisterei	12:15
7.	Rechenschaftsbericht LGF	12:30
	Bericht der Landesfinanzrevisionskommission - Entlastung des	
8.	Landesvorstandes	12:45
9.	Leitantrag Landesvorstand - Beratung/Änderung/Diskussion	13:00
	Mittagspause	14:30
10.	Wahl der Landesvorsitzenden	15:30
11.	Wahl der stellvertretenden Landesvorsitzenden	15:45
12.	Wahl des LandesvorsitzendeN	16:00
13.	Wahl der stellvertretenden Landesvorsitzenden	16:15
14.	Wahl der Landesgeschäftsführung	16:30
15.	Wahl der Landesschatzmeister*in	16:45
16.	Wahl der stellvertretenden Landesschatzmeister*in	17:15
17.	Wahl der jugendpolitische*n Sprecher*in	17:30
	Pause	17:45
	Festlegung der Größe des Landesvorstandes und Festlegung der	
18.	Redezeit	18:15
19.	Wahl der LaVo-Liste zur Sicherung der Mindestquotierung	18:30
20.	Abschluss	19:15
	Sonntag, 14. März 2021	
21.	Begrüßung durch das Tagungspräsidium	09:00
22.	Wahl der gemischten LaVo-Liste	09:15
23.	Wahl der Landesschiedskommission	11:15
24.	Wahl der Inklusionsbeauftragten	11:45
25.	Wahl der Landesfinanzrevisionskommission	12:15
	Mittagspause	12:45
	Anträge (inklusive satzungsändernde Anträge und	
26.	Kommunalwahlrahmenprogramm	14:15
27.	Abschluss und Aufräumen	15:45

Vorschlag für die Geschäftsordnung des 8. Landesparteitages

I. Leitung / Arbeitsgremien / Aufgaben und Befugnisse

(1) Der Parteitag wählt als Arbeitsgremien im Block und, sofern nicht auf Befragen ein Widerspruch dagegen erhoben wird, in offener Abstimmung:

- * das Tagungspräsidium,
- * die Mandatsprüfungskommission,
- * die Antragskommission
- * die Wahl- und Zählkommission.

(2) Die Arbeit des Landesparteitages wird vom Tagungspräsidium geleitet. Das Tagungspräsidium bestimmt aus seiner Mitte die Tagungsleitung.

(3) Geschäftsordnung und Tagesordnung werden zu Beginn des Parteitages in dieser Reihenfolge beschlossen.

II. Beschlussfassung allgemein

(4) Der Landesparteitag ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der gewählten Delegierten anwesend ist.

(5) Stimm- und Rederecht haben die gewählten und angemeldeten Delegierten. Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit beratender Stimme haben Rederecht.

Gästen des Landesparteitages kann das Wort durch die Tagungsleitung erteilt werden. Entsprechende Anträge sind an das Tagungspräsidium zu richten.

(6) Beschlüsse des Landesparteitages werden grundsätzlich mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen (im Weiteren nur Mehrheit genannt) gefasst, sofern die Bundessatzung, die Landessatzung oder diese Geschäftsordnung nicht anderes vorschreiben. Die Satzung ist mit einer Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen zu verabschieden. Stimmenthaltungen bleiben dabei unberücksichtigt. Stimmgleichheit gilt als Ablehnung. Abstimmungen erfolgen durch Erheben der Stimmkarten.

Das Tagungspräsidium setzt zur Auszählung der Stimmen Zähler ein, die tätig werden, wenn kein eindeutiges Ergebnis von der Tagungsleitung ermittelt werden kann.

III. Regeln in der Debatte

(7) Die Tagungsleitung ruft die Tagesordnungspunkte und die dazugehörigen Anträge auf, leitet die Beschlussfassung, erteilt das Wort, kann Rednerinnen und Redner zur Sache rufen, muss ihnen das Redezeitende einmal vorankündigen und das Wort entziehen, wenn sie die Redezeit überschreiten oder vom aufgerufenen Thema abweichen. Die Redezeit beträgt 3 Minuten. Über Abweichungen beschließt der Parteitag am Beginn eines Tagesordnungspunktes auf Vorschlag des Tagungspräsidiums oder auf Antrag von zehn Delegierten aus drei Kreisverbänden.

(8) Wortmeldungen zur Aussprache sind schriftlich beim Tagungspräsidium einzureichen. Dafür sollen die vorgegebenen Formulare verwendet werden. Bei Wortmeldungen sind Name und delegierender Kreisverband bzw. Zusammenschluss anzugeben.

Die Fristen für die Abgabe von Wortmeldungen und die Modalitäten ihrer Entgegennahme werden vom Tagungspräsidium bekannt gegeben. Das Tagungspräsidium entscheidet unter der Prämisse der Geschlechterquotierung über die Reihenfolge der Rednerinnen und Redner.

Die Zurücknahme von Wortmeldungen führt zur Streichung von der Redeliste. Eine Zurücknahme von

Wortmeldungen zugunsten anderer Rednerinnen oder Redner ist nicht möglich.

(9) Delegierte können nach Abschluss von Debatten und Abstimmungen persönliche Erklärungen abgeben. Sie sind bei der Tagungsleitung anzumelden. Die Redezeit hierfür beträgt eine Minute.

IV. Antragsarten / Antragstellung / Beschlussfassung

(10) Antragsteller/-innen haben das Recht, Anträge vor dem Plenum zu begründen.

(11) Anträge zur Geschäftsordnung werden außerhalb der Liste der Rednerinnen und Redner sofort behandelt, soweit nicht gerade eine Abstimmung läuft. Sie können nur von Delegierten des Parteitagess gestellt werden. Vor der Abstimmung erhalten je eine Delegierte oder ein Delegierter zunächst gegen den Antrag bzw. Aufruf und hiernach dafür das Wort.

(12) Der Antrag auf Beendigung der Debatte oder Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt kann jederzeit zur Abstimmung gestellt werden, innerhalb des Tagesordnungspunktes jedoch nur einmal. Das Recht zur Antragstellung haben nur Delegierte, die zu diesem Tagesordnungspunkt noch nicht gesprochen haben. Vor Beschlussfassung ist die Liste der noch ausstehenden Rednerinnen und Redner zu verlesen.

(13) Fristgemäß eingereichte Anträge, welche Kreis- und Ortsverbänden, landesweiten Zusammenschlüssen, Organen der Partei, Kommissionen des Landesparteitages oder mindestens von 20 Delegierten gestellt werden, sind vom Parteitag zu behandeln oder an den Parteivorstand bzw. den Landesausschuss zu überweisen; die Antragskommission empfiehlt dem Parteitag die Behandlung im Plenum oder die Überweisung. Fristgemäß eingereichte Anträge, die diese Kriterien nicht erfüllen, werden nur auf Vorschlag der Antragskommission vom Parteitag behandelt oder an den Landesvorstand überwiesen.

(14) Dringlichkeits- oder Initiativanträge können in den Landesparteitag eingebracht werden, wenn mindestens 20 Delegierte einen solchen Antrag unterstützen.

Unter Beachtung dieser Prämisse empfiehlt die Antragskommission dem Plenum die Behandlung oder die Nichtbefassung.

(15) Änderungsanträge betreffen die Änderung eingereicherter Anträge und sind schriftlich an die Antragskommission einzureichen. Der/die Antragsteller/in kann die Übernahme von Änderungsanträgen erklären.

(16) Die Antragskommission kann hinsichtlich einer möglichen weiteren Behandlung von Anträgen Überweisungsempfehlungen aussprechen.

(17) Die Abstimmung wird durch die Tagungsleitung geleitet, wobei zunächst die Stimmen „für“ den Antrag, dann „gegen“ den Antrag und abschließend die Stimmenthaltungen abzurufen sind.

(18) Anträge auf Wiederholung (Rückholung) einer Abstimmung sind unverzüglich nach Bekanntwerden des Grundes und unter Nennung desselben und der Umstände seines Bekanntwerden zu stellen. Hierüber ist nach Gegen- und Fürrede sofort abzustimmen.

Organisatorische Hinweise

Verhinderung

Solltest Du am Landesparteitag verhindert sein, bitten wir Dich dies der Landesgeschäftsstelle per E-Mail landesbuero@dielinke-nds.de anzuzeigen und die Unterlagen an Deinen Kreisverband weiter zu geben, damit dieser die Ersatzdelegierten informieren kann.

Anträge

Die Antragsfrist endete am 12. Februar 2021. Laut vorgeschlagener Geschäftsordnung ist für Dringlichkeits- und Initiativanträge die Unterstützung von 20 Delegierten erforderlich.

Kandidaturen

Solltet Ihr kandidieren wollen und nicht am Landesparteitag anwesend sein, benötigen wir eine schriftliche Einverständniserklärung (eine elektronische Übermittlung per E-Mail oder SMS genügt).

Ihr könnt Eure Kandidaturen per E-Mail an kandidaturen@dielinke-nds.de anmelden. Wir werden sie auf der Internetseite veröffentlichen.

Übernachtungen

Die Hotelzimmer sind zentral vom Landesverband gebucht. Aufgrund der Corona-Pandemie erfolgt die Unterbringung grundsätzlich in Einzelzimmern. Nur Delegierte, die in einem Haushalt leben, können in einem Doppelzimmer untergebracht werden. Bitte meldet Eure **Übernachtungswünsche bis Mittwoch, 3. März 2021**, an uebernachtungen@dielinke-nds.de an. Wir bitten auch um eine Mail, wenn Ihr kein Zimmer benötigt. Da wir die Hotelzimmer bereits gebucht haben, ist die Erstattung von selbstgebuchten Übernachtungen leider nicht möglich.

Fahrtkosten

Gemäß Finanzplan 2021 tragen die Kreisverbände die Fahrtkosten. Wenn Ihr Fahrtkosten erstattet haben möchtet, wendet Euch bitte an Euren Kreisverband.

Barrierefreiheit

Die Veranstaltungsräume, die Toiletten und der Zugang sind barrierefrei. Wenn Ihr Assistenzbedarf habt, meldet Euch bitte rechtzeitig nach Möglichkeit bis zum 8. März 2021.

Kinderbetreuung

Der Landesverband bietet bei Bedarf eine Kinderbetreuung an. Aus organisatorischen Gründen bitten wir, um möglichst frühzeitige Anmeldung bis spätestens Sonntag, 8 März 2021, an folgende E-Mail-Adresse landesbuero@dielinke-nds.de. Bitte gebt bei der Anmeldung das Alter der Kinder und Eure Handynummer (oder Telefonnummer) an.

Infotische

Aufgrund der Corona-Auflagen sind auf diesem Landesparteitag leider keine Infotische möglich. Nach Absprache kann am Sonntag Material ausgelegt werden.

Rechenschaftsbericht des Landesvorstandes der Partei DIE LINKE. Niedersachsen vom März 2019 bis März 2021

Zusammensetzung des Landesvorstandes:

Der Landesvorstand (LaVo) der Partei DIE LINKE. Niedersachsen wurde auf der 1. Tagung des 7. Landesparteitags am 02./03. März 2019 in Hannover gewählt und setzt/e sich wie folgt zusammen:

Geschäftsführender Landesvorstand (GF-LaVo):

Landesvorsitzende:	Heidi Reichinnek (KV Osnabrück-Stadt) Lars Leopold (KV Hildesheim)
stv. Landesvorsitzende:	Ursula Weisser-Roelle (KV Braunschweig) Thorben Peters (KV Lüneburg)
Landesgeschäftsführer:	Christoph Podstawa (KV Lüneburg)
Landesschatzmeister:	Hans-Georg Hartwig (KV Braunschweig)
stv. Landesschatzmeisterin:	Anne Zimmermann (KV Wolfsburg)
Weitere Mitglieder des GF-LaVo (im Landesvorstand gewählt):	Rita Krüger (KV Hildesheim)

Weitere Landesvorstandsmitglieder: Agnes Hasenjäger (KV Hannover), Stephan Marquardt (KV Hameln-Pyrmont), Behiye Uca (KV Celle), Maik Brückner (KV Hildesheim), Ann-Christin Huber (KV Osnabrück-Stadt), Salim Hemeed (KV Hannover), Kathrin Otte (KV Lüneburg), Johannes Drücker (KV Hannover), Daphne Weber (KV Hildesheim), Franziska Junker (KV Leer)

Mitgliederentwicklung:

Die Mitgliederzahlen der LINKEN. Niedersachsen stagnieren, weisen jedoch einen leicht positiven Trend auf. Mit 3.141 Mitgliedern (Stand: 31.12.2020) bewegen wir uns weiter über der „3000-er Marke“. Insgesamt konnten zwischen dem 31.12.2019 und dem 31.12.2020 350 Neueintritte verzeichnet werden. Rechnerisch wurde dadurch der Austritt von über 279 Genoss*innen kompensiert. Hier sind die Partei und insbesondere der LaVo sowie die Kreisvorstände weiterhin gefordert, für ein besseres Parteiklima auf Landes- und Kreisebene zu sorgen und insbesondere mit jeder/jedem einzelnen austrittswilligen Genoss*in persönlich zu sprechen, um mögliche Gründe für diesen Schritt in Erfahrung zu bringen und im besten Fall einen Verbleib der betreffenden Mitglieder in der Partei zu erreichen.

Mitgliederentwicklung im Gebietsverband Niedersachsen vom 31.12.2019 bis 31.12.2020

Entwicklung der Mitglieder zum 31.12.2020 bezogen auf den 31.12.2019							
	Gesamt	männlich	weiblich	Juristisch	weiblich (%)	männlich (%)	
Alter Stand 31.12.2019	3.092	2.249	843	0	27,00	72,00	
Neuer Stand 31.12.2020	3.141	2.290	851	0	27,00	73,00	
ausgetreten	279	195	84	0	30,00	69,00	
neu	350	254	96	0	27,00	72,00	
unverändert	2.748	2.007	741	0	26,00	73,00	
verstorben	21	18	3	0	14,00	85,00	
verzogen	44	29	15	0	34,00	65,00	
zugezogen	43	29	14	0	32,00	67,00	

Eine Detailübersicht zur Mitgliederentwicklung vom 31.12.2020 ist in der Anlage beigefügt.

Landesparteitage:

Auf der 1. Tagung des 7. Parteitages in Hannover am 02./03.03.2019 wurde ein umfangreicher Leitantrag verabschiedet. Die Grußworte hielten die Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger.

Auf der 2. Tagung des 7. Parteitages in Braunschweig am 15.02.2020 wurde in einem umfangreichen Arbeitspapier des LaVo die bisherige Umsetzung des o.a. Leitantrags evaluiert. Unsere Genossin Amira Mohamed-Ali, Bundestagsabgeordnete und frisch gewählte Vorsitzende der Bundestagsfraktion, hielt ein kämpferisches Grußwort.

LaVo-Klausuren am 16./17.03.2019 und am 05./06.12.2020:

Zu Beginn der LaVo-Amtsperiode fand in der Heimvolkshochschule in Hustedt bei Celle eine 2-tägige LaVo-Klausuren statt. Dort haben wir für den LaVo eine Geschäftsordnung (GO) beschlossen und personelle Zuständigkeiten (Regionsverantwortliche) festgelegt. Rita Krüger wurde in den GF-LaVo gewählt. Inhaltlich haben wir uns darauf verständigt zwei landesweite Kampagnen zu fahren – die Pflegekampagne und die Mietenkampagne. Hierzu wurden zwei Arbeitsgruppen (AGs) gebildet. Darüber hinaus wurden die weiteren AGs „Wahlkampf“, „Parteientwicklung“ und „Öffentlichkeitsarbeit“ eingerichtet.

Die für März 2020 geplante Klausur musste pandemiebedingt verschoben werden und fand dann im Rahmen der geltenden Hygienemaßnahmen ebenfalls in Hustedt statt. Schwerpunkte der Klausur waren die Beratungen und Beschlussfassungen zum Leitantrag für den 8. Parteitag im Februar 2021 sowie zum Kommunalwahlrahmenprogramms für die Kommunalwahl 2021. Letzteres ist in einem breit angelegten Partizipationskonzept bereits in den Regionen beraten worden, so dass etliche Änderungsvorschläge bzw. -anträge hierzu vorlagen, die zu diskutieren waren. Die umfangreiche Antragslage ließ eine abschließende Beschlussfassung des Programms auf der Klausur nicht zu, so dass diese in einer gesonderten Videokonferenz des LaVos erfolgen musste.

Landesvorstandssitzungen:

Im Berichtszeitraum haben 25 LaVo Sitzungen stattgefunden (7 Sitzungen in 2019; 14 Sitzungen in 2020 sowie 4 Sitzungen in 2021). Pandemiebedingt erfolgten 12 Sitzungen als Video-Konferenzen. Die Protokolle der Sitzungen sind auf unserer Webseite (www.dielinke-nds.de) eingestellt und einsehbar. Die Anzahl der Sitzungen zeigt, dass die Herausforderungen durch die Pandemie eine deutlich höhere Arbeitsbelastung bedeutet hat. Über „Politische Stunden“ hat der Landesvorstand zudem inhaltliche Impulse von innerhalb und außerhalb der Partei aufgegriffen und diskutiert. Diese

über den Informationsgehalt hinaus nutzbar zu machen, bleibt dabei Ziel und Aufgabe. Eine Übersicht zur Teilnahme der LaVo-Mitglieder an den jeweiligen Sitzungen findet sich in der Anlage. Der Vollständigkeit halber sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass die Übersicht zur Teilnahme an den Sitzungen keine Aussagekraft darüber hat, wie sich die einzelnen LaVo-Mitglieder tatsächlich in die inhaltliche und organisatorische Arbeit des LaVos eingebracht haben.

Geschäftsführende LaVo-Sitzungen:

Insgesamt fanden in dieser Amtsperiode 26 Sitzungen des geschäftsführenden LaVo statt (2019: 8; 2020: 15 ; 2021 bisher: 3). Alle Arbeitsergebnisse des geschäftsführenden LaVo sind im internen LaVo-Bereich der Landeswebsite in den jeweiligen Protokollen abgelegt. Die Corona-Situation hat auch den organisatorischen Aufwand für den geschäftsführenden Landesvorstand deutlich erhöht. Die Taktung der Sitzungen konnte nur durch großes Engagement durchgehalten werden. Die Teilnahme der jeweiligen LaVo-Mitglieder an den Sitzungen findet sich in der Anlage.

Landesausschusssitzungen:

Im Berichtszeitraum fanden 9 Landesausschusssitzungen - davon 7 in Präsenz und 2 aufgrund der Corona-Pandemie digital - statt, die in enger Zusammenarbeit mit der Landesgeschäftsstelle und dem Präsidium des Landesausschusses vorbereitet wurden. Die Aufstellung des Haushalts, die Begleitung der beiden Kampagnen „Pflege“ und „Miete“; die Aufstellung/Wahl einer „Wahlkampf und Kulturkommission (WKK)“ sowie die Beratung des Kommunalwahlrahmenprogramms sind/waren die wesentlichen Arbeitsschwerpunkte. Inhaltlich setzte der Landesausschuss dieses Jahr zahlreiche landespolitische Themen in den Fokus, so wurden externe Experten zu Landwirtschaft- und Bildungspolitik eingeladen, um nur die jüngsten Beispiele zu nennen. In den letzten Monaten befasste sich der Landesausschuss intensiv mit der abschließenden Beschlussfassung des Kommunalwahlrahmenprogramms.

Kreisverbände & Regionalisierung:

Die ersten Planungen für eine Regionalisierung DER LINKEN. Niedersachsen erfolgten bereits auf der LaVo-Klausur Anfang 2018 in Heideruh, die danach fortlaufend weiterentwickelt wurden. Ziel ist nicht die Einrichtung eines weiteren satzungsmäßigen Organs „Regionalversammlung“ in unserem Landesverband, sondern die gegenseitige Unterstützung von benachbarten Kreisverbänden sowohl inhaltlich (z.B. gemeinsame kommunalpolitische Aktivitäten, gemeinsame Veranstaltungen) oder organisatorisch bei der gegenseitigen Unterstützung der Mitgliederverwaltung oder auch der Kassenführung.

Auf der LaVo-Klausur wurden folgende Regionsverantwortliche festgelegt:

- **Region 1:** AUR, WTM, LER, FRI, Wesermarsch, OL, OL-Land, DH, DEL - verantwortlich: Hans-Henning Adler, Franziska Junker, Haimo Stierner
- **Region 2:** Bentheim, Emsland, OS, OS-Land, CLP, VEC - verantwortlich: Ann-Christin Huber, Heidi Reichinnek
- **Region 3:** CUX, OHZ, ROW, STD, VER verantwortlich: Agnes Hasenjäger, Salim Hemeed
- **Region 4:** CE, Harburg-L., HK, DAN, LG, UE - verantwortlich Thorben Peters, Kathrin Otte, Behiye Uca
- **Region 5:** HM, HI, NI, H, SHG – verantwortlich: Johannes Drücker, Rita Krüger

- **Region 6:** BS, GF, HE, PE, SZ, WF, WOB – verantwortlich: Hans-Georg Hartwig, Ursula Weisser-Roelle, Anne Zimmermann
- **Region 7:** Gö, GS, HOL, NOM – verantwortlich: Lars, Leopold, Stephan Marquardt, Daphne Weber

Die Verantwortlichkeiten von LaVo-Mitgliedern sind als überörtliche Unterstützung gedacht. Grundsätzlich sollen sich die einzelnen Regionen jedoch möglichst selbst organisieren, was zum Teil schon erfolgt ist.

Um auch während der Corona-bedingten Einschränkungen in Kontakt zu bleiben und eine Vernetzung der Kreisverbände untereinander zu ermöglichen sowie politische Themen und Organisation vor Ort zu diskutieren, findet jeden 3. Mittwoch im Monat die Kreisvorständekonferenz über Zoom statt, die bisher sehr gut angenommen wird. Weitere Angebote fanden 2020 im Rahmen der Reihe „Die LINKE. Niedersachsen vernetzt sich“ statt, auch 2021 organisiert der Landesverband thematische Videokonferenzen für Mitglieder und Interessierte.

Kampagnen:

- **Pflegekampagne:**

Der Protest gegen die Pflegekammer erzielte wichtige Erfolge. Nach der Abschaffung der Zwangsbeiträge konnte eine Befragung der Mitglieder der Kammer erkämpft werden, in deren Folge die Abwicklung der Pflegekammer erreicht wurde. Es gibt, auch durch unsere Mithilfe eine landesweite Vernetzung der Pflegenden. So sind in über 20 KV lokale Pflegebündnisse gebildet worden, die sich lose im Pflegebündnis Niedersachsen organisiert haben und landesweit Aktionen planen. In 7 Pflegekonferenzen, welche teilweise pandemiebedingt als Online-Konferenzen durchgeführt wurden, haben wir gemeinsam mit Pflegenden diskutiert, Positionen erarbeitet und Aktionen geplant. Die Konferenzen wurden in erfolgreicher Zusammenarbeit mit Pia Zimmermann, pflegepolitische Sprecherin unserer Bundestagsfraktion, organisiert und durchgeführt. Aus dem LaVo haben sich Kathrin Otte sowie Rita Krüger in herausragender Weise eingebracht und die Arbeit der Pflegekampagne koordiniert sowie die Vernetzung der Pflegenden mit vorangetrieben. Bei Protestkundgebungen der Pflegenden, zu denen wir auch als Landesverband mobilisiert haben, haben wir als Partei immer prominent sprechen dürfen. So war u.a. unser Landesvorsitzende Lars Leopold auf mehreren Demonstrationen/Kundgebungen in Stade, Osnabrück und Hannover als Redner vertreten.

- **Mietenkampagne:**

Erste Aufgabe der AG Mieten und Wohnen war es, ein landespolitisches Konzept zu entwickeln. Dabei stand unser mietenpolitischer Dreiklang aus Mietendeckel, Schaffung von sozialem Wohnraum und Enteignung im Fokus. Hierzu wurde ein Flyer entwickelt und bei Landesveranstaltungen an die Kreisverbände verteilt. Im Rahmen der Kampagne sollte zum einen Öffentlichkeit hergestellt und zum anderen die Mitgliedschaft aktiviert werden. Hervorzuheben sind dabei zwei Pressekonferenzen (zu Mietsteigerungen und unserem mietenpolitischen Dreiklang sowie zur Bodenpolitik) und die mediale Resonanz darauf. Auch die Startaktion, ein Protestzelten in Hannover, inklusive Miethai wurde sehr gut aufgenommen. Der Miethai wurde auch von einigen Kreisverbänden für eigene Aktionen genutzt. Trotz dieser guten Ansätze muss das Thema weiter in die Breite der Partei getragen werden. Dafür sind in diesem Jahr eine Petition an den Landtag, ein Video zum Mietendeckel und eine Broschüre für kommunale Mandatsträger*innen mit Musteranträgen und Anfragen geplant. Das Thema wird uns in Niedersachsen auch über die Wahlen begleiten.

Weitere Aktivitäten mit Unterstützung des Landesvorstandes (Auswahl):

- Demonstration gegen den AfD-Parteitag (30.9.19 / 12.9.20)
- NoNPG / Bündnisarbeit „Volksbegehren Artenvielfalt“
- Aktionen „Rheinmetall entwaffnen!“
- Vernetzung gegen das Manöver Defender
- Migrantifa-Demo (18.7.20)
- Unterstützung der Arbeitskämpfe der Belegschaften bei SITECH; der GILDE-Brauerei sowie der Meyer-Werft
- Langjährige Mitglieder

Beschlossen wurde im Landesvorstand die Durchführung der Planung einer Veranstaltung für langjährige Mitglieder. Diese war ursprünglich für Herbst letzten Jahres bzw. Anfang dieses Jahres vorgesehen. Mit politischen und kulturellen Beiträgen wollten wir uns für das Engagement und die Unterstützung langjähriger Mitglieder bedanken. Die konkrete Planung wurde pandemiebedingt seitens der hierfür eingerichteten AG einvernehmlich vorerst eingestellt.

- Gegendemos gegen Corona-Leugner am 13. Und 21.11.2020 in Hannover
- Demo zum Ausstieg aus Öl- und Gasförderung (27.1.21)

Pressearbeit:

Die Pressearbeit konnte in dieser Amtsperiode des Landesvorstandes erneut erheblich verbessert werden. Durchschnittlich gehen 2-3 Pressemitteilungen pro Woche über den Landespresseverteiler an die Medien und werden parallel auf der Landeswebsite www.dielinke-nds.de dokumentiert. Hervorzuheben ist, dass es dem Landesverband erstmals gelungen ist, außerhalb von Wahlkämpfen in den Landesmedien Themen zu setzen und zu folgenden Themen zitiert zu werden. (Themen: Pflegekammer, Pflegenotstand, Forderungen der Mietenkampagne, Asse II, Mindestlohnbetrug, Schuldenbremse, Meyer-Werft, Landwirtschaft) Darüber hinaus konnte eine Vielzahl der Pressemitteilungen in diversen Online-Presseportalen erfolgreich untergebracht werden.

Die Meldungen des Landesverbands werden auch immer mehr in den sozialen Medien eingestellt. Hierfür ist u.a. bei Facebook ein Redaktionsplan erstellt worden, nachdem die jeweiligen Beiträge eingestellt werden. Zudem ist ein Budget zur kostenpflichtigen Bewerbung einzelner Beiträge eingeplant und genutzt worden, um die Reichweite der betreffenden Beiträge zu erhöhen. Auch Instagram wird seit dieser LaVo-Amtsperiode intensiv genutzt. Alles in allem bleibt festzuhalten, dass die Öffentlichkeitsarbeit in ehrenamtlicher Hand eine große Herausforderung darstellt, aktuell aber auf einem guten Weg ist.

Für die Wahlkämpfe im Jahr 2021 sind seitens des Landesausschuss bereits die Haushaltsmittel für eine befristete (ca. 6 Monate) hauptamtliche Teilzeitstelle für die Öffentlichkeitsarbeit bereitgestellt worden. Im künftigen Landesvorstand sollte geklärt werden, wie wir die Website mit ehrenamtlichen

Kräften weiter auf aktuellem Stand halten und unsere Aktivitäten in den sozialen Medien weiter ausbauen können.

Newsletter

Seit August 2018 gibt es den Linken Newsletter Niedersachsen, der ungefähr alle 6 Wochen in elektronischer Form an alle Genoss*innen sowie bei Anforderung auch an Sympathisant*innen versandt wird. Er bietet einen Überblick über aktuelle Pressemitteilungen, geplante Veranstaltungen und Berichte zu politischen Themen und Aktionen der Partei. Ziel ist es hier, mehr Genoss*innen dazu zu motivieren, mit eigenen Beiträgen im Newsletter in Erscheinung zu treten.

Mitgliederzeitung „Mit LINKS!“

Der Landesausschuss beschloss 2019, dass der Landesverband eine eigene Parteizeitung entwickeln soll. Seit dem Beschluss sind drei Printausgaben veröffentlicht worden. Hierfür konnten Autor*innen aus der gesamten Parteimitgliedschaft gewonnen werden. Nach dem Erscheinen der ersten Ausgabe fand eine umfassende Überarbeitung des Layouts statt. Zudem ging der zugehörige Blog „<http://mitlinks-nds.de/>“ an den Start. Layout und Blog werden aktuell von der Medienagentur KRASS erstellt und betreut. Im Blog werden sowohl die Artikel aus den Ausgaben sowie zusätzliche Beiträge veröffentlicht. Er verzeichnet bis zu 3.000 Aufrufe pro Monat. Die dritte Ausgabe wurde zudem an alle Mitglieder per Post verschickt. Ziele der Zeitung sowie des Blogs sind es, über Themen der Aktivitäten der LINKEN Niedersachsen zu informieren und die solidarische Diskussionskultur in der Partei zu stärken. Alle Interessenten sind jederzeit eingeladen, sich an diesem Projekt zu beteiligen.

Landesbildungskommission (LaBiKo):

Die LaBiKo ist eine Kommission des Landesvorstands und wurde u.a. mit Neumitgliederseminaren und einer Marxschulung über einen Einjahreszeitraum gut geführt. Durch das Ausscheiden von beiden bisherigen Leitenden aus dieser Funktion fand eine Reorganisation samt einer neuen Entsendung zur Kommission für politische Bildung, KpB, statt. Seitdem bereitet sich die LaBiKo aktuell auf die Entwicklung von Seminaren zur Wahlunterstützung vor. Ein Antrag zur Aufnahme der LaBiKo-Definition in die Landessatzung liegt zum LPT vor.

Europawahlkampf

Um den Europawahlkampf in unserem Flächenland auf eine breite Basis zu stellen und auch kleine Kreisverbände auf dem „platten Land“ einzubinden, wurde eine Wahl und Kulturkommission zur und Organisation der Europawahlen in Niedersachsen eingesetzt. Diese arbeitete mit mehreren Beteiligungsmöglichkeiten, damit sich die Mitglieder mit ihren Ideen, Ansprüchen und Wünschen beteiligen konnten und probierte auch verschiedene neue Werkzeuge aus, die in zukünftigen Wahlkämpfen evtl. noch weiterentwickelt werden können. Die WKK entschied sich von vielen vorgefertigten Publikationen und Materialien der Bundespartei abzuweichen, da wir als Niedersachsen das Gefühl hatten, dass der Wahlkampf vor allem auf einen Urbanen – städtisch geprägten Wahlkampf ausgerichtet war und unser Flächenland mit vielen kleinen und ländlich geprägten Regionen nicht widerspiegelt. Zur öffentlichen Kommunikation wurde auch ein eigens für Niedersachsen erstelltes Video produziert, in dem die besonderen Herausforderungen in der Fläche und Linke Lösungsvorschläge präsentiert wurden.

Um unsere Kreisverbände im Wahlkampf noch direkt zu unterstützen, wurde durch die WKK flächendeckende Aktionstage koordiniert, damit personell schwächere Kreisverbände durch stärkere

unterstützt werden konnten. Auch wurden Aktionskarten entwickelt, die verschiedenste Aktionen zur Öffentlichkeitsarbeit beschreiben und durchgeführt erstellt. Zudem gab es eine gut koordinierte Beteiligung von Podiumsdiskussionen, die große Pflegekonferenz und den Wahlkampfabschluss in Hannover.

Zusammenarbeit mit den 5 Linken MdB aus Niedersachsen:

Zur Vernetzung mit unseren fünf Bundestagsabgeordneten haben Mitglieder des geschäftsführenden Landesvorstandes an Sitzungen der Landesgruppe teilgenommen. Hier standen vor allem der Austausch zu geplanten Aktivitäten sowie Synergieeffekte der Arbeit des Landesvorstandes und der Landesgruppe im Vordergrund. Die Bundestagsabgeordneten haben durch gemeinsame Pressemitteilungen, Beiträge in Newsletter und Parteizeitung oder bei Veranstaltungen ihre Expertise in die Partei getragen.

Zusammenarbeit mit der linksjugend [solid] Niedersachsen

Die Zusammenarbeit mit dem Jugendverband konnte ausgebaut und intensiviert werden.

Die strukturelle Veränderung durch die Einführung eines in der Satzung verankerten jugendpolitischen Sprechers hat einen Beitrag dazu geleistet. Neben den gewählten Linksjugend-Mitgliedern im Vorstand bringen sich auch andere Aktive immer wieder in die Arbeit des Vorstands ein und unterstützen z.B bei der Social-Media Arbeit oder vertreten uns in Bündnissen und Initiativen.

Auch in die Kampagnen der Landespartei, insbesondere in die Mietenkampagne, haben sich Genoss*innen der Linksjugend [solid] Niedersachsen tatkräftig eingebracht. So wurde gemeinsam in vielen niedersächsischen Städten die „Miethai“-Aktion durchgeführt, bei der mit Zelten und einem großen aufblasbaren Miethai, u.a. vor der Universität in Hannover und auf dem Osnabrücker Markt, gegen den Mietenwahnsinn demonstriert wurde. Die Mitgliederentwicklung des Jugendverbands ist weiterhin stabil. Im Jahr 2020 war der niedersächsische Landesverband der Linksjugend erstmals der zweitgrößte bundesweit, direkt nach dem in NRW. Seit Ende letztes Jahres laufen Vorbereitungen für eine eigene Jugendwahlkampagne zur Kommunalwahl. Mit dieser soll ein Beitrag dazu geleistet werden,

eine starke LINKE in Niedersachsens Kommunen zu verankern. Schwerpunkte der Kampagne sollen die für junge Menschen besonders wichtigen Themen Mobilität und Mietenpolitik sein. Aktionsformen und Materialien, sowie ein eigenes Jugendwahlprogramm wurden in mehreren Basis-Konferenzen erarbeitet, bei denen auch Workshops zu den Handlungsspielräumen von Kommunalpolitik in verschiedenen Politikfeldern angeboten wurden.

Rechenschaftsbericht des Landesgeschäftsführers Christoph Podstawa

Auf dem 7. Landesparteitag am 2. März 2019 in Hannover wurde ich als Landesgeschäftsführer gewählt. Angetreten bin ich mit den Versprechen, dass ich

- 1.) ein mobiler Landesgeschäftsführer sein werde, der die Arbeit dezentralisiert und sie in die Fläche trägt,
- 2.) ein politischer Landesgeschäftsführer sein werde, der an der Schärfung des landespolitischen Profils und der Vernetzung mit Bewegungen und Bündnispartner*innen arbeitet und
- 3.) ein demokratisierender Landesgeschäftsführer sein werde, der die Partei weiter zur Mitgliederpartei entwickelt und Strukturen erarbeitet, die die Führung der Partei von unten nach oben gewährleisten.

Zu 1:

Kreisverbände, Strukturen und langfristige Planung stärken

DIE LINKE. Niedersachsen besteht aus 44 Kreisverbänden. Jeder Kreisverband hat seine eigene Dynamik, seine eigenen Akteur*innen und eine eigene Kultur. Durch meine Besuche bei über 30 Kreisverbänden und Basisorganisationen habe ich die einzelnen Akteure kennengelernt, eine Vertrauensbasis aufgebaut und gezeigt, dass der Landesverband auch die „kleinen“ und ländlichen Kreisverbände bei ihrer Arbeit unterstützt.

Ich habe mich in den zwei Jahren auf die Kreisverbände fokussiert, die Unterstützung bei der Weiterentwicklung ihres Kreisverbandes erbeten haben. In erster Linie habe ich Kreisverbände bzw. einzelne Mitglieder in ländlichen Regionen besucht, in denen es die LINKE ohnehin schwer hat. Ich habe mit den Aktiven und dem Kreisvorstand vor Ort Konzepte erarbeitet und erprobt. Das reichte von der Durchführung von Diskussionsveranstaltungen, über Workshops bis hin zum koordinierten Aufbau eines neuen Kreisvorstandes. Gemeinsam mit vielen Aktiven vor Ort konnte ich neue Aktive für die Kreisvorstandsarbeit und andere Aufgaben gewinnen.

Auf Basis der Jahresplanung 2021 im Landesvorstand habe ich ein Workshop entwickelt und angeboten, der sich in die Kreisverbände übertragen lässt. So konnte die Vernetzung zwischen Landesebene und Kreisebene vertieft werden. Mit dem Workshop konnte ich zahlreichen Aktiven vor Ort Hilfe bei der Strukturierung ihrer Arbeit für das Wahlkampfjahr 2021 anbieten. Vor allem neuen Aktiven ohne Wahlkampf Erfahrung sollte dieser Workshop Ängste nehmen und aufzeigen, welche Möglichkeiten uns ein erfolgreich geführter Wahlkampf bietet – und wie der Landesvorstand und die Landesgeschäftsstelle bei der Vorbereitung von Wahlkämpfen unterstützen kann und wird.

Thematische Konferenzen im ländlichen Raum zur Schärfung unseres Profils

Besonders hervorzuheben ist die antifaschistische Konferenz in Einbeck, die wir am 3. Oktober 2020 durchgeführt haben und die auf mehr Resonanz stieß als wir erwartet haben. Die Konferenz hat nicht nur dazu geführt, dass Mitglieder für die antifaschistische Arbeit in und um die Partei (re-)aktiviert wurden, sondern sie stärkte zudem die Bündnisarbeit vor Ort. Die Konferenz fand in Kooperation mit

der Seebrücke Einbeck, dem VVN-BdA Niedersachsen, dem oate – offener antifaschistischer Treffpunkt Einbeck, der Antifa 161 Einbeck, dem Kreisverband Holzminden und dem Kreisverband Northeim statt. Noch auf der Konferenz wurden Pläne für die Kommunalwahl geschmiedet.

Ähnliches gilt für die energiepolitische Konferenz in Wilhelmshaven. Wir mussten sie zwar vom Februar in den Mai verschieben, aber allein die Vorbereitung hat Mitglieder aktiviert, Neue angezogen und die Zusammenarbeit mit benachbarten Kreisverbänden intensiviert. Das Konzept, Veranstaltungen mit besonderem Blick auf Parteientwicklung durchzuführen, hat erste Blüten getragen und sollte in der nächsten Vorstandsperiode fortgesetzt werden.

Zu 2:

Partizipative Wahlprogrammentwicklung

Ich bin angetreten mit dem Ziel unser landespolitisches Profil weiter zu schärfen. In den letzten zwei Jahren konnten dafür erste Pfeiler gesetzt werden. Im Fokus der letzten Monate stand die Kommunalwahl. Der Landesvorstand hat unter der Federführung des stellvertretenden Landesvorsitzenden Thorben Peters und mir im September eine erste Version des Kommunalwahlrahmenprogrammes veröffentlicht und in die Regionen zur Diskussion gegeben. Das Kommunalwahlrahmenprogramm ist ein Angebot an die Kreisverbände ihr eigenes Kommunalwahlprogramm auf dieser Grundlage zu entwerfen. Bereits der Beteiligungsprozess ist so ausgerichtet, dass die Genoss*innen breit diskutieren und ihr Wissen zu kommunalpolitischen Themen ausbauen konnten. Ein erfolgreicher Kommunalwahlkampf stellt die Grundlage für den Einzug in den Landtag im Jahr 2022 dar. Einen erfolgreichen Kommunalwahlkampf werden wir aber nur führen, wenn unsere Aktiven sich mit den eigenen Positionen identifizieren können. Je partizipativer die Entwicklung unserer kommunalpolitischen Positionen erarbeitet wird, desto höher ist die Identifikation mit den eigenen Positionen. Das gleiche Prinzip gilt es auch bei der Erarbeitung des Landtagswahlprogrammes anzuwenden.

Blick auf die Landtagswahl 2022 und unsere landespolitische Profilschärfung

Trotz wichtiger Vorbereitungen der Kommunalwahl haben wir bereits den Blick auf die Landtagswahl 2022 gerichtet und erste wichtige Kontakte geknüpft bzw. vertieft. Wir haben den VCD zur politischen Stunde des Landesvorstandes eingeladen und eine online-Veranstaltung zur sozial-ökologischen Mobilitätswende durchgeführt. Der VCD wird die Erarbeitung unseres Landtagswahlprogrammes solidarisch begleiten.

Tilman Uhlenhaut, stellvertretender Landesgeschäftsführer BUND Niedersachsen und Sprecher des BUND Bundesarbeitskreis Landwirtschaft, referierte bei der politischen Stunde des Landesausschusses am 20. September 2020 zum Thema „Landwirtschaft – Wo wollen wir hin? BUNDpositionen Landwirtschaft“. Aus der Diskussion ergaben sich zahlreiche inhaltliche Überschneidungen. Für die Erarbeitung unseres Landtagswahlprogrammes hat der BUND Niedersachsen seine Kooperation zugesagt.

Zur politischen Stunde des Landesausschusses am 28. November 20 haben wir Frau Dr. Clasen eingeladen. Sie ist Abteilungsleiterin für Hochschul- und Bildungspolitik des DGB Bezirks Niedersachsen-Sachsen-Anhalt-Bremen und referierte zu den bildungspolitischen Positionen des DGB. Neben der Vernetzung mit dem DGB wurden die Kontakte mit der GEW Niedersachsen

intensiviert. Da Bildungspolitik ein zentrales Thema des Landtagswahlkampfes ist, gilt es diese Partnerschaft weiter zu vertiefen.

Die Pandemie machte viele Veranstaltungen unmöglich, wie zum Beispiel die geplante Friedenskonferenz. Als Alternative habe ich die Veranstaltungsreihe „VERNETZEN. DISKUTIEREN. HANDELN. DIE LINKE. Niedersachsen im Dialog“ organisiert. Gäste waren Yalla Yalla Migrantifa, Deutsche Wohnen und Co enteignen, der VCD Niedersachsen, die BI Atomfreies Dreiländereck, der Flüchtlingsrat Niedersachsen, SEA WATCH, Thomas Sablowski von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und das Lupus Institut. Die Veranstaltungsreihe legte einen Fokus auf landespolitische Themen und nutzt damit auch der Schärfung unseres landespolitischen Profils.

Zu 3:

Zusammenarbeit mit den MdB

Unsere Bundestagsabgeordneten leisten gute und wichtige Arbeit. Unser Ziel ist es, 2022 mit einer starken Fraktion in den Landtag einzuziehen. Es ist wichtig, dass der Landesvorstand und die einzelnen Bundestagsabgeordneten an einem Strang ziehen, d. h. die verfügbaren Ressourcen und Mittel zu bündeln, den Zugang dazu so weit wie möglich zu demokratisieren und Projekte so eng wie möglich mit den Kreisverbänden abzustimmen. Alle Bundestagsabgeordneten besuchten mindestens eine Sitzung des Landesvorstandes, um von ihrer Arbeit und der Arbeit ihrer Büros zu berichten.

Treffen zwischen den Landesvorsitzenden, den stellvertretenden Landesvorsitzenden, den Bundestagsabgeordneten und mir als Landesgeschäftsführer wurden regelmäßig von der Landesgruppe einberufen. Die Situation des Landesverbandes und mögliche Unterstützungsbedarfe waren selbstverständliches Thema in diesen Sitzungen. Die Zusammenarbeit zwischen der Landesgruppe und dem Landesverband wurden auf ein stabileres Niveau gehoben. Dieser Weg soll konsequent fortgeschrieben werden.

Zudem habe ich alle Bundestagsabgeordneten bereits zu Anfang der Vorstandsperiode gebeten mich und mindestens eine weitere Person aus dem geschäftsführenden Landesvorstand in eine Teamsitzung einzuladen. Die derzeitige finanzielle und personelle Situation des Landesverbandes liegt weit hinter den finanziellen und personellen Möglichkeiten der einzelnen Bundestagsabgeordneten. Jede*r MdB hat mehr Mitarbeitende als die Landesgeschäftsstelle. Dieses Ungleichgewicht muss sorgsam austariert werden. Ich und mindestens eine weitere Person aus dem geschäftsführenden Landesvorstand wurden von Amira Mohamed Ali, von Pia Zimmermann und von Victor Perli mehrmals zu Teamsitzungen eingeladen, was die politische Zusammenarbeit förderte:

- Mit der Bundestagsabgeordneten Pia Zimmermann haben wir in den letzten Monaten intensiv an unseren pflegepolitischen Positionen und der Vernetzung mit Pflegerebell*innen gearbeitet. Die Abschaffung der Pflegekammer ist auch ein Verdienst der LINKEN Niedersachsen, ihren zahlreichen Aktiven und einer langatmigen Vernetzungsarbeit mit Pflegekräften. Wir sind davon überzeugt, dass die Pflegekampagne, unsere ständigen Pflegekonferenzen und Pflegeratschläge wichtige Zuggpferde für den Einzug in den Landtag sein werden. Wir werden die intensive Zusammenarbeit weiterführen.

Mit der Fraktionsvorsitzenden im Bundestag Amira Mohamed Ali arbeiten wir an einem Fahrplan für die Erarbeitung unseres agrarpolitischen Profils. Als Mitglied des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft und des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz

verfügt sie über Wissen und Kontakte, die wir in Zukunft eingehender nutzen wollen. Amira hat bei der Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Thema „Das gute Leben auf dem Land“ wichtige inhaltliche Impulse zum Thema gesetzt und viele für das Thema sensibilisiert. Nach der Bundestagswahl wird die Landesgeschäftsstelle in Zusammenarbeit mit Amira agrarpolitische Konferenzen organisieren.

- Mit Victor Perlis Anfragen zur Mietpreisentwicklung in Niedersachsen wurde uns Wissen zum eskalierenden Wohnungsmarkt zur Verfügung gestellt und in Materialien zur Öffentlichkeitsarbeit und Argumentationsschulung („Battle-Cards“) eingearbeitet. Die dazugehörige erfolgreiche Pressearbeit half unser politisches Profil zu schärfen und führte zu Beiträgen im NDR-Fernsehen, im Rundfunk und in zahlreichen Zeitungen. Die Zahlen unterstützten die Kreisverbände bei Pressemitteilungen und kommunalen Anträgen. DIE LINKE Niedersachsen führte eine wohnungspolitische Konferenz durch und kooperiert u.a. mit der Landesarmutskonferenz, dem DGB und Mieterorganisationen.

Die Partei von unten nach oben denken

Um die Zusammenarbeit zwischen Bundestagsabgeordneten, dem Landesvorstand, der Landesgeschäftsstelle und den Kreisverbänden zu strukturieren, habe ich gemeinsam mit Thorben Peters ein Diskussionspapier erstellt. Dieses haben wir mit den Bundestagsabgeordneten, dem geschäftsführenden Landesvorstand und dem Landesvorstand diskutiert und als Antrag zum Landesparteitag eingebracht. Ziel ist es die Partei weiter zu demokratisieren, möglichst weitreichende Transparenz zu schaffen und DIE LINKE. Niedersachsen als Mitgliederpartei weiterzuentwickeln.

Anträge

S 1

Antrag Umbenennung „Landesrat Linke Frauen“ in Feministischer Landesrat

Der Landesrat LINKE Frauen hat auf seiner Sitzung am 06. Februar 2021 beschlossen, den satzungsändernden Antrag S1 „Umbenennung des „Landesrates Linke Frauen“ in „Feministischer Landesrat“ zu unterstützen und mitzustellen.

Änderungsanträge zum Leitantrag

Ä 1

Antragsteller*in: Ökologische Plattform Niedersachsen

Z. 281: Einfügung: „... ärmere Bevölkerung im globalen Süden, die in überhitzten Stadtteilen und Ländern lebt, die ...“

Begründung:

Die Überhitzung der Erde durch den Klimawandel betrifft insbesondere die Menschen im globalen Süden, deren Lebensgrundlagen schwinden. Dagegen sind überhitzte Stadtteile in Deutschland peanuts.

Ä 2

Antragsteller*in: Karsten Färber, Michael Braedt, Edgar Schu

Z. 201: Einfügung: „... Rüstungsindustrie und in der Bundeswehr ist ...“

Begründung:

Ohne Armee gäbe es keine Rüstungsindustrie. Auch eine sogenannte Verteidigungsarmee kostet Geld, dass für Ökologie und Soziales fehlt.

Deswegen brauchen wir Abrüstung nicht nur in der Rüstungsindustrie, sondern auch in der Bundeswehr.

Weitere Anträge

A 1

CORONA ALS FEMINISTISCHE KRISE VERSTEHEN

Antragsteller*innen: Landesrat LINKE Frauen

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1
- 2 Der neue Landesvorstand beschäftigt sich aus feministischer Perspektive mit der Corona-
- 3 Pandemie und ihren frauen- und genderspezifischen Folgen.
- 4 In diesem Rahmen plant, organisiert und realisiert der Landesvorstand in Absprache mit dem
- 5 Landesrat LINKE Frauen unter anderem eine Veranstaltungsreihe zu Corona als feministische
- 6 Krise.
- 7 Die Beschäftigung kann Themen wie Corona und häusliche Gewalt sowie weitere spezifische
- 8 Auswirkungen von Corona auf Frauen, Lesben, inter*, nichtbinäre, trans* und agender
- 9 Personen (im Folgenden zusammengefasst als „FLINTA*-Personen“) beinhalten.
- 10 Themen der Veranstaltungsreihe können sein:
- 11 1. Marxistisch-Feministische Ökonomie und die Corona-Pandemie.
- 12 2. Femizide und häusliche Gewalt in der Corona-Pandemie und davor.
- 13 3. Lebensrealitäten von queeren Personen während der Corona-Pandemie.
- 14 4. Ein Blick auf die niedersächsische Frauenpolitik. Wo sind unsere Eingriffsmöglichkeiten mit
- 15 Blick auf die Landtagswahlen.
- 16 Ziel der Veranstaltungsreihe ist die Sensibilisierung der Öffentlichkeit und der Parteimitglieder
- 17 für die besonderen Auswirkungen der Corona-Krise auf FLINTA*-Personen als marginalisierte
- 18 Gruppe(n).

Begründung:

Die Folgen und Umstände der Corona-Pandemie belasten FLINTA*-Personen stärker als cis-Männer. Nachfolgend führen wir einige Argumente an, die diese These belegen. Diese Aufzählung ist nicht vollständig und kann durch weitere Nachteile von FLINTA*-Personen in der Corona-Pandemie ergänzt werden.

Wir verwenden bewusst den Begriff FLINTA*-Personen, um nicht nur Frauen als benachteiligte Gruppe während der Pandemie zu benennen, sondern auch Menschen, die eine andere geschlechtliche Identität haben. Diese Menschen sind nämlich ebenfalls verstärkt von den Folgen und Umständen der Corona-Pandemie betroffen.

Die Studien, die wir anführen, wurden jedoch teilweise nur für Frauen und Männer erhoben, weshalb wir an entsprechender Stelle die Kategorie „Frauen“ statt „FLINTA*-Personen“ nutzen.

Nach einer repräsentativen Studie der Hans-Böckler-Stiftung ist die durchschnittliche Erwerbsarbeitszeit von Frauen im Zuge der Corona-Pandemie stärker gesunken als die von Männern.¹ Zudem leisten Frauen noch immer mehr Reproduktions- und Sorgearbeit als vor der Pandemie.

Die stärkere Reduzierung der Erwerbstätigkeit von Frauen liegt laut oben genannter Studie daran, dass Frauen öfter als männliche Befragte die Kinderbetreuung und Pflege von Angehörigen übernehmen. Dies geschieht einerseits aufgrund der sozialen Rolle, die Frauen in der Gesellschaft zugeschrieben wird. Andererseits hängt es auch damit zusammen, dass Frauen oft ein geringeres Einkommen haben, wodurch die finanziellen Einbußen für Familien und Lebenspartnerschaften weniger stark sind als würde der Mann seine Arbeitszeit reduzieren. Die Corona-Pandemie zeigt also, dass Einkommensungleichheit (bereits vor, aber vor allem während der Pandemie) eine ungleiche Aufteilung der Reproduktions- und Sorgearbeit verschärft.

FLINTA*-Personen sind außerdem in ihrem Zuhause oft einer Gefahr durch ihre Partner ausgesetzt. In Deutschland versucht jeden Tag ein Mann, seine*n (Ex-)Partner*in zu töten – jeden dritten Tag „gelingt“ es.² Die Zahl der Femizide hat sich während der Corona-Pandemie statistisch sogar noch erhöht.³

Nicht nur Femizide sind eine Bedrohung für FLINTA*-Personen. Auch die Zahlen von häuslicher Gewalt nahmen bereits im April 2020 unter den strengen Lockdown-Bedingungen zu.⁴

Mögliche Schutzmaßnahmen für von Gewalt betroffene oder bedrohte FLINTA*-Personen sind die Zuflucht bei Freund*innen und Verwandten oder der Zugang zu Frauenhäusern. Durch die Quarantänemaßnahmen und die eingeschränkte Bewegungsfreiheit ist es allerdings schwieriger geworden, bei Freund*innen und Verwandten unterzukommen.

Auch der Zugang zu Frauenhäusern ist nicht allen gewährleistet. Schon vor der Pandemie gab es zu wenige Frauenhausplätze in Deutschland. Jetzt, wo Menschen während der Pandemie geraten wird, zuhause zu bleiben und es zu einer höheren Rate von häuslicher Gewalt kommt, zeigt sich deutlich, dass die Kapazitäten von Frauenhäusern und anderen Hilfsangeboten dringend erhöht werden müssen.⁵

Besonders betroffen von den Lockdownregelungen sind außerdem inter* Personen, nichtbinäre Personen und trans* Personen, die während der Pandemie oft mit Familienmitgliedern oder Partner*innen eingesperrt sind, die ihre Identität nicht akzeptieren. Dadurch erleiden diese Personen eine höhere emotionale Belastung und sind einem zusätzlichen Gewaltrisiko ausgesetzt.

¹ Kohlrausch, Hövermann (2020): https://www.boeckler.de/data/Impuls_2021_01_S1-2.pdf

² Bundeskriminalamt (2018): „Partnerschaftsgewalt. Kriminalstatistische Auswertung – Berichtsjahr 2018.“

³ <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/femizide-deutschland-gewalt-gegen-frauen-100.html>

⁴ <https://www.tum.de/nc/die-tum/aktuelles/pressemitteilungen/details/36053/>

⁵ <https://www.frauenhauskoordinierung.de/aktuelles/detail/pressemeldung-auch-frauenhaeuser-und-fachberatungsstellen-von-corona-krise-betroffen/>

Diese drei Beispiele zeigen die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf FLINTA*-Personen. Diese Statistiken und Argumentationen können während der zu planenden Veranstaltung noch detaillierter beschrieben werden.

Wir wollen außerdem darauf hinweisen, dass nicht alle FLINTA*-Personen die gleichen Formen von Gewalt erleben und nicht die gleichen Schutzmöglichkeiten haben. Schwarze FLINTA*-Personen und FLINTA* of Color sind im Schnitt stärker von Gewalt und Femiziden bedroht, da sie sich z.B. durch die strukturelle Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt in größerer finanzieller Abhängigkeit von ihren Partnern befinden.

Zudem sind inter*, nichtbinäre und trans* Personen in besonderer Weise betroffen, da sie oft noch weniger Zugang zu Hilfsangeboten haben, weil diese sich oft ausschließlich an cis-Frauen richten und männlich gelesene Personen ausschließen.

Wie wir wissen, verschärft die Corona-Pandemie die schon vorhandenen Missstände in der Gesellschaft. Das gilt auch für Ungleichheiten, die Frauen, inter*, nichtbinäre, trans* und ageschlechtliche Menschen betreffen.

Über all diese Zustände und die spezifischen Folgen der Corona-Pandemie für FLINTA*-Personen, muss die Partei DIE LINKE. öffentlichkeitswirksam aufklären und informieren. Nur so können ein feministisches Bewusstsein und feministische Praxen in der Gesellschaft gestärkt werden.

A 2

Antrag zur Umsetzung des Konzept zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen der LINKEN vom 22. Und 23. März 2014

Antrag von Ingo Krenzer

1

2 **Antrag:** Im Konzept heißt es: *Den Landesverbänden wird empfohlen, analog zu verfahren, das heißt,*

3 *eine Landesinklusionsbeauftragte/ einen Inklusionsbeauftragten nebst einer AG Teilhabe auf*

4 *Landesebene zu berufen sowie die Umsetzung des Konzeptes der inklusiven Partei zweijährlich auf einer*

5 *Beratung mit den Kreisvorständen unter Hinzuziehung der jeweiligen LAG Selbstbestimmte*

6 *Behindertenpolitik zu thematisieren.*

7 Für Niedersachsen beantrage ich in der Übernahme des Konzeptes folgende Änderung zu beschließen:

8 1. Einen Landesinklusionsbeauftragte*n zu wählen

9 2. Jede Region wählt einen regionalen Inklusionsbeauftragte*n

10 3. Landesinklusionsbeauftragte ist zu jeder LVo.-Sitzung einzuladen

11 4. Zur Unterstützung einer schnellen Umsetzung des Konzeptes inklusive Partei wird auf

12 Landesebene eine AG Teilhabe berufen an der neben Inklusionsbeauftragte*n die

13 regionalen Inklusionsbeauftragten gehören, sowie der Landesgeschäftsführer*in, die

14 Landesvorsitzenden und Vertreter aus der LAG selbstbestimmte Behindertenpolitik. Diese

15 trifft sich mindestens dreimal im Jahr

- 16 5. In jeder Regionalversammlung soll die Umsetzung des Konzepts verpflichtend als ein
17 Tagungspunkt behandelt werden. Das ersetzt dann die zweijährlichen Beratungen mit den
18 Kreisvorständen

Begründung: Nach 7 Jahren Vernachlässigung des LV in der Umsetzung des Konzeptes besteht die Verpflichtung des LV diesem Thema eine Priorisierung zu erteilen und den Anspruch des Konzeptes endlich umzusetzen.

Ingo Krenzer, den 10.2.2021

A 3

Antrag zur Umsetzung des Konzept zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen der LINKEN vom 22. Und 23. März 2014

Antrag von Ingo Krenzer

Antrag: Ich beantrage, daß jede Region bis zum 31.12.2021 einen Inklusionsbeauftragten wählt!

Begründung: In dem Konzept von 2014 wurde leider nur Folgendes empfohlen: *Den Landesverbänden wird empfohlen, analog zu verfahren, das heißt, eine Landesinklusionsbeauftragte/ einen Inklusionsbeauftragten nebst einer AG Teilhabe auf Landesebene zu berufen sowie die Umsetzung des Konzeptes der inklusiven Partei zweijährlich auf einer Beratung mit den Kreisvorständen unter Hinzuziehung der jeweiligen LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik zu thematisieren.*

Das Thema Inklusion fristet im Landesverband Niedersachsen ein Stiefmutterdasein. Ich begrüße, daß nach 7 Jahren der LV sich bemüht aktiv das Konzept voran zu bringen!

Von daher erwarte ich vom LV, daß dieses Thema eine gewisse Priorisierung erfährt! Es reicht meiner Ansicht nicht einen Inklusionsbeauftragten zu ernennen und darauf zu bauen, daß dieser es schon „richtet“.

Einen Inklusionsbeauftragten in jedem KV zu haben wäre zwar wünschenswert, aber auf Grund der Größe vieler KV unrealistisch.

Von daher ist ein Inklusionsbeauftragter pro Region ein notwendiger Zwischenschritt.

Für viele bedeutet Inklusion häufig nur eine dingliche Barrierefreiheit, aber Inklusion geht weit darüber hinaus! Um dafür eine Akzeptanz und ein Verständnis bis in die Basis zu schaffen, benötigt der LV eine Strategie diese Thematik bis in die Basis zu implementieren, um in Zukunft eine Selbstverständlichkeit zu erlangen.

Ingo Krenzer, 10.2.2021

A4

Antrag: Recht der KV auf „freie“ Gestaltung der Außenwerbung der vorhandenen Kreisbüros, natürlich im Sinne der Vertretung der LINKEN nach Außen.

Antrag des Kreisvorstandes Cuxhaven

Der LPT möge beschließen, daß KV´s in der Nutzung und in der Gestaltung der Außengestaltung der Büroräumlichkeiten frei sind und nur dem eigenen KV zu Rechenschaft verpflichtet!

Begründung: Da die vorhandenen Kreisbüros zu großen Teilen nicht vom KV allein finanziert werden können, sind die KV abhängig von Zahlungen durch den LV und den Mietanteilen, die koordiniert durch die Landesfinanzkommission durch die MdBs geleistet werden.

In der Vergangenheit ist es leider zu aktiven Interventionen durch einen mitfinanzierenden MdB gekommen, der gegenüber dem Vorstand des KV verlangt hat zu Aushängen oder deren Entfernung befragt zu werden! Zitat:

“ Dass ich das Abreißen eines Flyers im Bürofenster ablehne, in dem der opferreiche Kampf der Roten Armee für die Befreiung von Auschwitz gewürdigt wurde, habe ich euch schon gesagt. xxxxx hätte mich vor seinen Alleingängen in Sachen Büro informieren können, ja müssen“ (hierbei sei noch erwähnt, daß das Abhängen eines Flyers kein Alleingang war, sondern eine Entscheidung des Kreisvorstands)

Ein MdB ist mit der Unterstützung der Basis in sein Mandat gekommen. Daß dieser aus Solidarität ein Teil der ihm zur Verfügung stehenden Mittel solidarisch zur Finanzierung von Büroräumlichkeiten übernimmt, ist nicht damit verknüpft, daß dieser MdB damit sich Einfluss und Mitspracherecht in dem jeweiligen KV erkaufte oder verlangen darf!

Kreisvorstand KV Cuxhaven, den 10.2.2021

Ingo Krenzer
Cornelia Buttler
Dietmar Buttler
Rick Gold

A5

Energieintensive Industrien auf den Prüfstand!

Antragsteller*in: Ökologische Plattform Niedersachsen

Antrag:

Der Landesparteitag DIE LINKE. Niedersachsen legt dem Bundesparteitag bzw. behelfsweise dem Bundesausschuss folgenden Antrag zum Beschluss vor:

Energieintensive Industrien auf den Prüfstand!

Der Parteivorstand wird aufgefordert, zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Konferenz einzuberufen, die sich kontrovers mit dem Thema der energieintensiven Industrien auseinandersetzt.

Begründung:

DIE LINKE sagt nein zu Kohle, Erdöl, Erdgas und Atom. Daher befasst sie sich intensiv mit der Frage, ob eine Industriegesellschaft wie die deutsche ohne weitere Veränderungen vollständig durch erneuerbare Energien (Wind, Sonne, Wasserkraft, Geothermie usw.) versorgt werden kann. DIE LINKE beginnt einen Diskussionsprozess darüber, ob scheinbar alternativlose Grundstoffindustrien wie die Automobil- und Stahlindustrie, die Zementindustrie und die chemische Industrie tatsächlich in ihrer heutigen Ausprägung notwendig sind. In den Augen der LINKEN bedeutet die durch die Bundesregierung und Industrie ins Feld geführte vollständige Ersetzung des heutigen fossilen Energieverbrauchs, auch in den Grundstoffindustrien, durch Verfahren mit Wasserstoff bzw. Strom keine pauschale Lösung für das Energiedilemma.

Obwohl die Bundesregierung die Nationale Wasserstoffstrategie ausgerufen hat, wettbewerbsverzerrende Subventionen in Milliardenhöhe und Regelungen auf den Weg gebracht hat, die Wasserstoff bevorzugen, prüft DIE LINKE z.B. in jedem Fall, ob andere effizientere Energiespeichermöglichkeiten nicht eine bessere Option darstellen und prüft auch die Forderung nach Förderprogrammen für diese Technologien. Es muss eine grundsätzliche Diskussion „weiterhin hoher Energiebedarf“ vs. „umwälzende Veränderungen zur Eindämmung des Klimawandels ohne Atomenergie“ geführt und auf vielen Fachgebieten vertieft werden. DIE LINKE sucht konsequent nach Lösungen, die ohne fossile Energiequellen und ohne Atomenergie auskommen.

Auch die Frage, wie sich Arbeitsplätze, ihre Qualität und ihre Anzahl entwickeln werden, wenn von großen Monopolen auf dezentrale Produktion und von kapital- und energieintensiver auf arbeitsintensive Produktion und Distribution umgestellt wird, muss betrachtet werden. Wo geht es um Industrierückbau und wo und in welcher Form um Konversion?

Weitere Hintergrundinformationen und Recherchen über die Frage einer Renaissance der Atomenergie und die Möglichkeiten von Industrie-Um- oder auch Rückbau als dritte Alternative und Ausweg aus der Zwickmühle „Klimawandel oder Atomrenaissance?“ sowie weitere Diskussionsbeiträge zum Thema sind auf der Seite der ökologischen Plattform Niedersachsen zu finden:

<https://www.dielinke-nds.de/partei/zusammenschlusse/oekologische-plattform->

A 6

Positionspapier zur Landwirtschaft

Antragsteller*in: Ökologische Plattform Niedersachsen

1

2 Durch die Proteste der Landwirte und das Volksbegehren „Artenvielfalt“ wurde deutlich, dass es
3 innerhalb der Partei verschiedene Positionen zur Landwirtschaft gibt, die meisten Mitglieder aber in
4 dieser Frage orientierungslos sind. Im Wahlkampf wird die Agrarfrage zumindest im Nordwesten von
5 Niedersachsen eine relativ große Bedeutung haben.

6

7 Die Bauern rufen nach dem Staat

8 Die neu entstandene Bewegung „Land schafft Verbindung“ steht ebenso in Opposition zum Landvolk
9 wie die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). Sie kämpfen für höhere
10 Erzeuger*innenpreise u.a. durch Blockaden von Aldi-, Lidl-, REWE- und Edeka-Lagern. Die
11 Großmolkereien und der Lebensmitteleinzelhandel, das Oligopol Aldi u. Co., verweisen dagegen auf
12 die Preisbildung durch Angebot und Nachfrage in der Marktwirtschaft. Hier findet ein Klassenkampf
13 zwischen dem Großkapital und dem bäuerlichen Kleinkapital statt. Die Bauern rufen nach dem Staat.
14 Wollen die Bauern die Marktwirtschaft außer Kraft setzen und ein staatliches Preisdiktat durchsetzen,
15 um ihr Einkommen zu sichern?

16

17 Landwirtschaft contra Naturschutz

18 Wenn es um den Naturschutz geht, dann haben die konventionellen Bauern die Einmischung des
19 Staates bisher abgelehnt. Sie wollen weiterhin Chemie (Kunstdünger und Pestizide) auf den Acker
20 bringen, um den Ertrag so hoch wie möglich zu halten. Dadurch wird aber das ökologische
21 Gleichgewicht gestört, die Artenvielfalt geht zurück. Immer mehr Tier- und Pflanzenarten gelten als
22 gefährdet, wie z.B. Feldhamster, Rebhuhn oder Wolf sowie verschiedene Ackerkräuter (z.B.
23 Habichtskraut- oder Löwenzahnarten).

24 Die ökologischen Probleme der konventionellen Landwirtschaft sind vielfältig. Die Landwirtschaft trägt
25 mit ca. 10 % zur Klimaerwärmung bei, insbesondere durch Lachgas (Stickstoffdünger) und Methan
26 (Viehhaltung). Durch Überdüngung werden das Grundwasser und die Gewässer mit Nitrat und
27 Phosphat belastet. In immer mehr Gebieten ist die Trinkwasserqualität gefährdet. Die EU hat
28 deswegen gegen Deutschland ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet. Durch den Einsatz von
29 Pestiziden sterben immer mehr Arten aus. Das Bienen- und Insektensterben ist ein Beweis dafür.⁶

⁶ Es ist politisch bezeichnend, wenn sich Anfang Februar 2021 die Niedersächsische SPD/CDU-Landesregierung sogar gegen ein unzureichendes Gesetz der Bundesregierung zum Schutz von Insekten ausspricht, weil es ihnen noch zu scharf ist.

30 Die Massentierhaltung in den Agrarfabriken bedeutet Tierquälerei. Nur dadurch kann billig Fleisch und
31 Milch erzeugt werden. Massentierhaltung bedingt industrielle Schlachtfabriken mit völlig
32 unzureichenden hygienischen Bedingungen für die Belegschaft sowie Tiertransporte über hunderte
33 von Kilometern. DIE LINKE lehnt industrielle Schlachthöfe sowie die langen Tiertransporte ab und
34 plädiert stattdessen für eine Weideschlachtung. Die Futtermittelimporte, insbesondere Soja aus
35 Südamerika, das oft auf brandgerodetem Regenwaldboden angebaut wird, führen dort zu
36 ökologischen und sozialen Problemen.

37 Subventionierte Lebensmittel-Exporte zerstören die bäuerliche Landwirtschaft besonders in Afrika.
38 Der zunehmende Maisanbau der Agrarlandschaft für die Biogasanlagen führt zu Bodenerosion und
39 Humusabbau.

40

41 Was tun?

42 Um die Natur und die Artenvielfalt zu schützen muss die konventionelle, auf Chemie basierende
43 Landwirtschaft auf eine ökologische Landwirtschaft umgestellt werden. Eine nachhaltige
44 Landwirtschaft ist nicht nur existenziell für die Natur, sondern auch für das Überleben der Menschen
45 auf der Erde. Die Landwirtschaft muss die Menschen auf regionaler Ebene ernähren. Der Weltmarkt
46 zerstört die Grundlagen der nachhaltigen Lebensmittelproduktion. Futtermittelimporte und
47 Exportsubventionen müssen verboten werden. Die Futtermittel dürfen nur aus regionalem Anbau
48 stammen. Die Tierproduktion muss durch die Flächenbindung der Anzahl der Tiere je
49 Landwirtschaftsbetrieb dezentralisiert werden.

50 Eine sozial-ökologische Agrarwende benötigt auch eine sozial-ökologische Produktionsweise.
51 Kapitalistisches Eigentum sowie Marktwirtschaft widersprechen einer ökologischen und einer sozialen
52 Landwirtschaft. Das Eigentum an Grund und Boden muss gesellschaftlich sein, d.h. staatlich,
53 kommunal oder genossenschaftlich. Damit darf nicht spekuliert werden. Als Linke sollten wir nicht
54 vorrangig auf die sogenannte „bäuerliche“ Landwirtschaft setzen, sondern vor allem auf
55 Genossenschaften und Kooperativen.

56

57 Wir haben es satt

58 Die EU-Agrarpolitik darf nicht mehr die Fläche, sondern sie muss die Leistungen für die Gesellschaft
59 subventionieren. Billige Lebensmittel, die durch die Marktmacht der Oligopole und die Agrarindustrie
60 entstehen, sind weder sozial noch ökologisch. Die Landwirte müssen einen fairen Erzeuger*innenpreis
61 für ihre Produkte erhalten. Dazu kann ein staatlich festgesetzter Mindestpreis beitragen. Dafür kann
62 der Staat aber auch ökologische Mindeststandards von den Landwirten erwarten. Die höheren
63 Lebensmittelpreise für die bessere Qualität müssen sich aber alle Menschen leisten können. Die
64 Lösung liegt in sozialer Gerechtigkeit durch höhere Löhne, Mindestlöhne und eine garantierte
65 Mindestsicherung, die es auch Sozialleistungsbezieher*innen ermöglicht, sich gut und gesund zu
66 ernähren. Wenn in Deutschland wieder 20% des Einkommens statt zurzeit 10% für Ernährung
67 ausgegeben wird, dann werden die Menschen auch wieder gesünder leben. Ernährung ist die
68 Grundlage der Lebensqualität.
69

⁷ Der Begriff ist undefiniert. Wo ist die Grenze zur Agrarindustrie? Bei 100 Hektar, bei 100 Rindern, bei 1.000 Schweinen, bei 10.000 Hühnern? Die konventionelle Landwirtschaft auch der Kleinbauern unter 100 ha ist schon seit über 50 Jahren agrarindustriell.

A 7

Antragsteller*in: Ökologische Plattform Niedersachsen

Angebote an Speisen und Getränken auf Veranstaltungen der Partei DIE LINKE. Niedersachsen

- Bei Angeboten an Speisen und Getränken auf Veranstaltungen wird mindestens ein veganes Gericht angeboten. Idealerweise gibt es eine zusätzliche vegetarische Option. Das vegane und vegetarische Angebot muss gleichwertig wie fleischhaltige Alternativen sein und darf nicht teurer sein als das fleischhaltige Angebot. Die Speisen sollten möglichst aus Bio-Lebensmitteln sein.
- „Genussmittel“ aus anderen Kontinenten, insbesondere Kaffee, Tee, Kakao/Schokolade werden aus fairem Handel (mit Fair-Trade-Siegel) bezogen.
- Bei allen Veranstaltungen mit einem Speiseangebot, wird unentgeltlich Leitungs- oder Mineralwasser angeboten.

Den weiteren Gliederungen der Partei DIE LINKE. Niedersachsen wird empfohlen, entsprechend zu verfahren.

Begründung:

Unsere Ernährung hat viele Bezüge zur Nachhaltigkeit: Biodiversität, Schutz von Wasser und Boden, Flächenverbrauch, Klimaschutz, fairer Handel, menschenwürdige Arbeit, Entlohnung, Tierschutz und insgesamt die Sicherstellung ausreichender und gesunder Ernährung von zukünftig 10 Mrd. Menschen.

Besonders folgenreich ist Fleischkonsum: Da der Großteil des Futters von den Tieren für ihren Stoffwechsel verbraucht wird und sich nur maximal ein Fünftel als Fleisch für den menschlichen Verzehr wiederfindet, sind die allgemeinen ökologischen Folgen von Fleischverzehr fünf- bis zehnmal höher als die von gleichwertiger pflanzlicher Kost. Hinzu kommen spezifische Belastungen des Klimas durch Methan aus Rindermägen, des Bodens und des Grundwassers und die Verbreitung von Antibiotika im Ökosystem. Insbesondere aufgrund des Klimagases Methan, das von Milchkühen ebenso abgegeben wird wie von Rindern aus der Fleischzucht, sind Milchprodukte – soweit es um den Klimaschutz geht – ebenso problematisch wie Fleisch. Eine Kost auf überwiegend pflanzlicher Basis ist daher ökologisch geboten.

Biologisch angebaute Lebensmittel dienen dem Schutz von Wasser und Boden, Insektenschutz, vermeiden die Verbreitung von Umweltgiften und Antibiotika.

Regional-saisonale Lebensmittel sind frisch, ausgereift und somit nährstoffreich, reduzieren den Energieverbrauch für Verarbeitung, Transport, Lagerung und Kühlung und dienen dem Ausgleich sozialer Stadt-Land-Unterschiede. Sie bauen außerdem Bezug und Wertschätzung von Lebensmitteln auf, die in der Stadt nicht mehr selbstverständlich sind.

Um das Selbstverständnis und die Ausrichtung der Linken als *sozial-ökologische* Alternative zu den Grünen zu festigen, müssen wir die oben genannten Zusammenhänge bei in- und externen Veranstaltungen miteinbeziehen. Auch die Außenwirkung, die von den Veranstaltungen hervorgeht und einen Teil dazu beiträgt wie die Linke von insbesondere jungen Menschen und/oder

Klimaaktivist*innen wahrgenommen wird, spielt hierbei eine Rolle. Mit den genannten Forderungen können ebendiese jungen Menschen, Klimaaktivist*innen, und alle vegan- oder vegetarisch-lebenden Menschen, angesprochen und ihre Bedürfnisse berücksichtigt werden.

A 8

Umsetzung des Konzeptes „DIE LINKE hilft“

Antrag von Ingo Krenzer

Antrag:

1

2 Der LPT möge beschließen, daß der neu gewählte Landesvorstand **verbindlich innerhalb seiner**
3 **Sitzungszeit bis 2023** mit der Bundespartei in Kontakt tritt, um ein verbindliches, verlässliches und
4 professionelles Konzept zu erarbeiten, welches den anbietenden KV es ermöglicht **auch mit**
5 **finanzieller verlässlicher und professioneller Unterstützung** das Angebot **„DIE LINKE.hilft“** zu
6 führen oder einzurichten.

Begründung:

Das Angebot „Die Linke.hilft“ wird gerne von der Bundespartei genutzt, um sich öffentlich als sogenannte „Kümmererpartei“ darzustellen. Mit dem „Slogan“: DIE LINKE kämpft für grundlegende politische Veränderungen und ist gleichzeitig Kümmererpartei: konkret im Alltag und vor Ort wirbt die Bundespartei! Weiter steht dort: *„Wir wollen den Betroffenen mit Rat und Tat zur Seite stehen: durch eigene Angebote, in Kooperation mit Vereinen, Selbsthilfegruppen oder Rechtsanwälten und stellen wir uns an die Seite der Betroffenen. Bundesweit bieten wir im ganzen Bundesgebiet rund 120 kostenlose Sozial- und Rechtsberatungsangebote an: Sozial- bzw./und Hartz IV-Sprechstunden, Angebote zu Asylberatung, Mieten- und Familienhilfe. Kontaktieren Sie uns!*

Es gibt keine gemeinsame «Ansprechpartner» die Materialien, fachliche Unterstützung, Fort- und Weiterbildungen etc. anbieten, also quasi fehlt die Basis, auf dem solch ein Angebot seriös und nachhaltig aufgebaut werden kann.

Die anbietenden KV´s werden sich quasi selbst überlassen!

Die Partei suggeriert, daß Hilfesuchende eine „Sozialberatung“ vergleichbar mit anderen Sozialberatungen aufsuchen können.

Dem ist aber in der Regel nicht so!

All diese Aufgaben auszuführen und den Ansprüchen der Niedrigschwelligkeit, des offenen Prozesses, der Sozialraumorientierung, der Begleitung, der Vermittlung in andere Dienste, der Schulung von Ehrenamtlichen und als Seismograph gerecht zu werden, erfordert Personal und Ressourcen. Und es bedarf einer ständigen Veränderung, sprich Anpassung, der inhaltlichen und strukturellen Arbeit an die sich verändernde Situation der Menschen und der Gesellschaft!

Das können die wenigsten Angebote vor Ort tatsächlich leisten!

Die KV und die Menschen, die dieses Angebot leisten werden von der Partei mit ihren Ansprüchen allein gelassen und sich überlassen, so daß auf Grund der verschiedensten Möglichkeiten kein einheitlich qualifiziertes Angebot vorhanden ist!

Das schadet meiner Ansicht nach der Partei!

Deshalb erwarte ich durch diesen Antrag, daß der LV sich konkret diese Problematik angeht und bis 2023 einen Beschluß vorbereitet, der den Umgang und die Weiterentwicklung des Angebotes „Die Linke.hilft“ im Land verbindlich beschreibt, oder deren Einstellung.

A9

Kampagne „Gesundheit und Pflege“ fortsetzen

Antrag von Jeanette Kasel, David Matrai, Pia Zimmermann und vielen anderen

Der Landesparteitag DIE LINKE. Niedersachsen möge beschließen:

- Die Kampagne „Gesundheit und Pflege“ fortzuführen
- Für Projekte in oben genannter Kampagne 5200,00 € bereitzustellen

Begründung

Die Kampagne „Gesundheit und Pflege“ ist mit großem Erfolg gelaufen. Unsere Landespartei konnte sich durch ihr Engagement als kompetenter und verlässlicher Bündnis- und Ansprechpartner des Pflegebündnis Niedersachsen, der Gewerkschaft ver.di, der Kolleg*innen in den Pflegeberufen und der Betroffenen etablieren. Unsere Partei hat Neumitglieder aus dem Bereich der Pflege gewonnen. Die AG Pflege unseres Landesvorstandes ist durch kontinuierliche Kooperation in der Bewegung vernetzt.

Dass wir mit unserer Pflegekampagne Teil einer sozialen Bewegung geworden sind, welche sich die Abwicklung der Pflegekammer Niedersachsen auf die Fahnen schreiben kann, ist ein enormer, nicht zu unterschätzender Erfolg. Mitglieder unserer Partei waren auf allen Ebenen an dem Protest gegen die Kammer beteiligt, haben Demos organisiert und auf Kundgebungen gesprochen.

Das erste Ziel der Bewegung, der gewonnene Abwehrkampf gegen die Kammer, ist erreicht. Die Bewegung formiert sich neu, um den Kampf für eine menschenwürdige Pflege für alle aufzunehmen. Als LINKE ist es unsere Aufgabe, den aktiven Kolleg*innen, den Pflegerebell*innen, von denen viele bereits an unserer Aktionskonferenz Pflege 2019 teilgenommen haben, hier zur Seite zu stehen.

Unsere linken Forderungen nach einer Umgestaltung des Gesundheitssystems, weg vom kapitalistischen Profitstreben, finden Gehör. Die Pandemie macht die Unzulänglichkeiten der bestehenden Strukturen im Gesundheitswesen weithin offensichtlich. Ein „weiter so“ darf es nach der Pandemie nicht geben. Die Privatisierungen und zunehmend auch Konzentrationsprozesse bei Kliniken, Pflegeheimen und ambulanten Diensten waren bereits vor der Pandemie ein Problem. Linke Politik kann an die Debatten in der Bewegung der Pflegenden anknüpfen und sollte dies auch tun.

Dies ist auch der Grund, warum der Bundesvorstand unserer Partei sich für eine Fortführung der bundesweiten Pflegekampagne entschieden hat. Die allgemeinere Bundes- und die auf Niedersachsen fokussierte Landeskampagne können sich vielfältig und fruchtbar ergänzen. Die Bundeskampagne kann auf die agilen, in Niedersachsen besonders starken Protestszenarien nicht konkret reagieren.

Die Kampagne hat das Ziel, aus der Partei und der Parteibasis heraus aktive Kooperation mit der Bewegung der Pflegenden in Niedersachsen zu betreiben. Dazu sind öffentliche Formate unter Beteiligung von Strukturen der Partei nötig, wie beispielsweise die Pflegekonferenzen. Dazu sind auch interne Formate nötig, die aktive Parteimitglieder befähigen, eigenständig und kompetent in der Bewegung der Pflegenden zu agieren. Dies gilt um so mehr im niedersächsischen Superwahljahr 2021 und perspektivisch für die Landtagswahlen 2022. Auch müssen bestimmte Schwerpunkte u.a. auf kommunalpolitische Themen der Gesundheits- und Pflegepolitik gelegt werden. Ein Auftakt dazu war im Dezember 2020 die Mitgliederkonferenz, in der bereits Schlaglichter auf wichtige Bereiche der Gesundheits- und Pflegepolitik auch vor dem konkreten Hintergrund der Kommunalwahlen geworfen wurden.

Formate, die durch Kampagnengelder ermöglicht werden sollen, sind u.a.:

- Öffentliche Pflegeratschläge (möglichst in Präsenz, sonst online)
1200,00 €
- Broschüre „Pflege und Gesundheit in Niedersachsen“ für den Wahlkampf
2000,00 €
- Interne Battle Cards zur Unterstützung aktiver Mitglieder im Wahlkampf
200,00 €
- Interne Workshops zur Gesundheits- und Pflegepolitik zur Unterstützung aktiver Mitglieder im Wahlkampf (möglichst Präsenz, sonst online)
600,00 €
- Straßenaktionen (sofern unter Schutzmaßnahmen möglich)
Verschiedene Aktionen inkl. öffentlicher Eyecatcher, Banner etc.
1200,00 €

Die Antragstellenden bitten um Unterstützung für diesen Antrag:

Jeannette Kasel	Aktive Pflegebündnisse Nds.	KV Göttingen
David Matrai	ver.di Landesfachbereichsleiter	KV Region Hannover
Pia Zimmermann	Sprecherin AG Pflege	KV Wolfsburg
Jörg Erlautzki		KV Aurich
Blanka Seelgen		KV Aurich
Hans-Georg Hartwig	Landesvorstand	KV Braunschweig
Ursula Weisser-Rolle	Landesvorstand	KV Braunschweig
Kreisvorstand		KV Celle
Behiye Uca	Landesvorstand	KV Celle
Tom Dobrowolski		KV Cloppenburg
Diana Kornmesser		KV Cloppenburg
Cornelia Buttler		KV Cuxhaven
Kreisvorstand		KV Delmenhorst
Edith Belz		KV Delmenhorst
Manuel Paschke		KV Delmenhorst
Martin Stricker		KV Diepholz
Lena Kamberg		KV Emden
Friedrich Albers		KV Emden
Lars Mennenga		KV Emden
Anika Schmehl		KV Emden

Bettina Langerhuizen-Kubiak		KV Emsland
Agnes Wittke		KV Friesland
Nina Fabrytzek		KV Friesland
Hajo Schepers		KV Friesland
Berit Hische		KV Friesland
Kreisvorstand		KV Gifhorn
Marion Köllner		KV Gifhorn
Ilka Müller		KV Gifhorn
Andreas Mantzke		KV Gifhorn
Eckhard Fascher		KV Göttingen
Sabine Lösing		KV Göttingen
Edgar Schu		KV Göttingen
Sylke Jarosch		KV Göttingen
Karsten Färber		KV Goslar
Stefan Wendelmann		KV Grafschaft Bentheim
Helmuth Hoffmann		KV Grafschaft Bentheim
Stephan Marquardt	Landesvorstand	KV Hameln-Pyrmont
Jessica Kaußen		KV Region Hannover
Anna Glogowska		KV Region Hannover
Christian Gust		KV Region Hannover
Andreas Nolte		KV Region Hannover
Kreisvorstand		KV Harburg-Land
Linus Petersen		KV Harburg-Land
Wolfgang Haack		KV Heidekreis
Birgit Meyer		KV Heidekreis
Ulrich Engelke		KV Helmstedt
Roswitha Engelke		KV Helmstedt
Kreisvorstand		KV Hildesheim
Pia Chwalczyk		KV Hildesheim
Lyonel Ude		KV Hildesheim
Lars Leopold	Landesvorsitzender	KV Hildesheim
Rita Krüger	Landesvorstand	KV Hildesheim
Maik Brückner	Landesvorstand	KV Hildesheim
Lewia Gerlinger		KV Hildesheim
Mareike Weihmann		KV Hildesheim
Daphne Weber	Landesvorstand	KV Hildesheim
Orhan Kara		KV Hildesheim
Anette Mücke		KV Hildesheim
Kreisvorstand		KV Holzminden
Sabine Golczyk		KV Holzminden
Kreisvorstand		KV Leer
Franziska Junker	Landesvorstand	KV Leer
Kreisvorstand		KV Lüchow-Dannenberg
Kai Warneke		KV Lüneburg
Thorben Peters	Landesvorstand	KV Lüneburg
Christoph Podstawa	Landesgeschäftsführer	KV Lüneburg
Viktoria Kretschmer		KV Nienburg
Eva Brunnemann		KV Northeim
Angelo Pape		KV Northeim
Marianne König		KV Northeim
Klaus-Wilhelm Depker		KV Northeim
Susanne Steffgen		KV Landkreis Oldenburg

Zelal Aykan		KV Oldenburg/Ammerl.
Hans-Henning Adler	Landesvorstand	KV Oldenburg/Ammerl.
Lars Büttner		KV Landkreis Osnabrück
Melissa Waschow		KV Landkreis Osnabrück
Herbert Behrens		KV Osterholz
Mizgin Ciftci		KV Osterholz
Kreisvorstand		KV Peine
Birgit Reimers		KV Peine
Jürgen Eggers		KV Peine
Örsen Savas		KV Peine
Dieter Samieske		KV Peine
Ulrich Wolf		KV Peine
Stefan Klingbeil		KV Rotenburg/Wümme
Rainer Nagel		KV Salzgitter
Maria-Christina Steijn		KV Schaumburg
Benjamin Koch-Böhnke		KV Stade
Klemens Kowalski		KV Stade
Andreas Wich		KV Uelzen
Peter Parizsky		KV Vechta
Ralf Kache		KV Vechta
Bernward Nüttgens		KV Verden
Heino Wohlgehagen		KV Verden
Monika Zimmermann		KV Wesermarsch
Thomas Bartsch		KV Wesermarsch
Astrid Ammermann		KV Wesermarsch
Ute Otremba		KV Wesermarsch
Thomas Lange		KV Wesermarsch
Jörg Zarniko		KV Wesermarsch
Kreisvorstand		KV Wilhelmshaven
Gudrun Klöpffer-Schön		KV Wilhelmshaven
Stefan Lüllmann		KV Wilhelmshaven
Henning Rimmel		KV Wilhelmshaven
Bernd Mayer		KV Wittmund
Evelyn Mayer		KV Wittmund
Arnfred Stoppok		KV Wolfenbüttel
Victor Perli	Bundestagsfraktion	KV Wolfenbüttel
Stephanie Tietz		KV Wolfenbüttel
Kreisvorstand		KV Wolfsburg
Kirishnaraj Rajah		KV Wolfsburg
Florian Hirsch		KV Wolfsburg
Anne Zimmermann	Landesvorstand	KV Wolfsburg
Ilario Ricci		KV Wolfsburg
Bernd Mex		KV Wolfsburg
Bastian Zimmermann		KV Wolfsburg
Bernadette Kersten		KV Wolfsburg
Kim Ricci		KV Wolfsburg

A 10

Der LPT möge ein Transparenzgebot für die Mandatsträger beschließen Antrag des Kreisvorstandes Cuxhaven

- 1 Die Mandatsträger sollen verpflichtet werden einmal jährlich einen aktuellen Bericht über die
- 2 Verwendungen ihre Aufwandsentschädigungen dem LV gegenüber zu veröffentlichen!
- 3 Die Mandatsträger sollen verpflichtet werden einmal jährlich einen Bericht zu erstellen, wieviele
- 4 Mitarbeiter für sie persönlich tätig sind und dabei deutlich aufführen wie viele Mitarbeiter über den
- 5 Bundes-/bzw. Landtag finanziert werden und wie viele Mitarbeiter von den Mandatsträger persönlich
- 6 Bezüge erhalten.
- 7 Ebenso sollen die Mandatsträger einmal jährlich einen Nachweis über persönlich geleistete Spenden
- 8 an oder für Aktionen von OV´s; KV´s oder dem LV erbringen! Ebenso Einzelspenden an
- 9 Parteimitglieder oder Zuwendungen für begrenzte Dienstleistungen, die Parteimitglieder für MdB´s in
- 10 Auftrag genommen haben!

Begründung: Im LV existieren verschiedene vermutete auch finanzielle Abhängigkeiten oder Einflußnahmen in verschiedenster Ausprägung von insbesondere MdB´s. Das ist ein Quell von Unfrieden, da die, ins besonderen finanziellen Einflussnahmen von MdB´s immer wieder vermutet werden und weder eindeutig belegbar sind noch widerlegbar!

Mit diesem Beschluss könnte eine zufriedenstellende Transparenz erreicht werden!

A 11

Zusammenarbeit zwischen dem Landesverband, der Landesgruppe und den einzelnen MdBs Antrag des Landesvorstandes

- 1
- 2 Die LINKE gliedert sich von unten nach oben, alle Genoss*innen begegnen sich als Gleiche. Denn die
- 3 Partei lebt von kulturvollen und solidarischen Diskussionen. Nur so können die Partei und ihre
- 4 Mitglieder initiativ werden gegen neoliberale Politik, für Frieden und soziale Gerechtigkeit: in
- 5 Bündnissen, in der Öffentlichkeit und in den Parlamenten. Daher ist auf allen Ebenen und in allen
- 6 Organen der Partei das gemeinsame Zusammenwirken entscheidend. Gemeinsam setzen wir
- 7 politische Vorhaben für die damit verbundene Weiterentwicklung unserer Partei um. Basis
- 8 dieses Wirkens sind die gemeinsam getroffenen Beschlüsse unserer Gremien.
- 9
- 10 Die mit unseren Mandaten erworbenen Möglichkeiten wollen wir – natürlich unter Beachtung ihrer
- 11 rechtlichen Stellung als frei agierende Abgeordnete – in diesem Sinne und in enger Abstimmung mit
- 12 dem Landesverband für den Weiterentwicklung unserer Partei und die damit verbundene
- 13 Unterstützung der Aktivitäten vor Ort verwenden. Wir formulieren deshalb im Folgenden
- 14 Erwartungen an die Arbeit der zukünftigen Abgeordneten, die im Rahmen einer für beide Seiten
- 15 nützlichen Kultur der Zusammenarbeit zwischen Partei und Abgeordneten beachtet werden sollen.

16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51

1. Zusammenarbeit auf Kreisverbands- und Regionsebene

- Die Regionalverantwortlichen arbeiten mit den MdBs zusammen und melden den Bedarf, den sie für ihre Region sehen.
- Die MdBs unterstützen bei der öffentlichen Aufklärung und Beratung zu politischen Themen, z.B. durch Veranstaltungsangebote, Aktionen und Besuchen in den Kreisverbänden.
- Die MdB unterstützen die Kreisverbände und die Regionsverantwortlichen bei der Organisation und Umsetzung von Regionskonferenzen und anderen Veranstaltungsformaten.
- Zur nächsten Legislaturperiode wird angestrebt möglichst viele Abgeordnetenbüros zu unterhalten, die sich breit auf die Regionen Niedersachsens verteilen. Die Abgeordneten werden sich hierbei mit dem Landesvorstand beraten und ein Konzept von Regionalbüros erarbeiten und umsetzen. Ziel ist dabei, dass alle Bundestagsabgeordneten in mindestens zwei Regionen Büros unterhalten.
- Die Abgeordneten werden sich bei der Umsetzung in den Regionen mit den jeweiligen Kreisvorständen abstimmen. Hierbei wird geklärt, inwieweit ein Bürokonzept umgesetzt wird, welches bewusst und offensiv Bündnispartner*innen und befreundeten Initiativen offen steht und sie bei der Arbeit – u.a. auch materiell – unterstützt. (Siehe auch Bürokonzepte in Dresden, Leipzig oder Erfurt)

2. Zusammenarbeit auf Landesebene

- Zu den Landesgruppentreffen werden die Landesvorsitzenden, die stellvertretenden Landesvorsitzenden und die Landesgeschäftsführung regelmäßig eingeladen. Die Terminfindung findet gemeinsam statt. Diese treffen sollen min. sechs Mal im Jahr stattfinden. Bei Präsenztreffen soll die Teilnahme via Videokonferenz ermöglicht werden. Die Landesgruppe diskutiert die aktuelle Situation, sowie Vorhaben des Landesverbandes als festen TOP in jeder ihrer Sitzungen.
- Zur besseren Zusammenarbeit findet einmal im Jahr ein Treffen zwischen den MdB und ihren Teams statt, zu denen die Landesgeschäftsführung eingeladen ist.
- Die MdBs unterstützen nach Kräften den Landesverband bei den Kampagnen, bei Veranstaltungen, bei der Öffentlichkeitsarbeit und bei Wahlkämpfen.
- Die Landesgruppe berichtet regelmäßig und ausgewogen im Landesausschuss von der Arbeit der Fraktion. Der Landesvorstand und die MdB nehmen ihre Vorbildfunktion für eine solidarische Streitkultur ernst.
- Jedes MdB besucht min. einmal im Jahr eine Sitzung des Landesvorstandes, schafft Transparenz bezüglich der Zusammenstellung des Teams und berichtet von der Arbeit im Rahmen des Mandates.

Dringlichkeits- und Initiativanträge

Hinweis: In der vorgeschlagenen Geschäftsordnung für den 8. Landesparteitag heißt es: „Dringlichkeits- oder Initiativanträge können in den Landesparteitag eingebracht werden, wenn mindestens 20 Delegierte einen solchen Antrag unterstützen.“ Die entsprechenden Unterschriften liegen noch nicht vor.

1 1

Eilantrag an den Landesparteitag der Partei DIE LINKE Niedersachsen:

Antragsteller: Kreisverband Rotenburg (Wümme)

Der Landesparteitag der Partei DIE LINKE lehnt den Bau der A20 (Küstenautobahn) in Niedersachsen ab. Die betroffenen Landkreise der A20 erhalten 10 % der eingesparten Kosten im Rahmen eines sozial-ökologischen Umbaus aus Bundesmitteln für regionale Verkehrsprojekte.

Begründung:

Der geplante Bau der A20 (Küstenautobahn) ist nicht nur klimaschädlich und umweltzerstörend, sondern wird auch ein volkswirtschaftliches Desaster. Geplant mit einem völlig überhöht gerechneten Aufkommen für den motorisierten Individualverkehr (was allen Planungen zu Verkehrswende und Klimaschutz widerspricht) und bewusst niedrig gerechneten Kosten (Erfahrungen aus der bisherigen Planung und Finanzierung von Autobahnprojekten) wird das Neubauprojekt derzeit mit mindestens 7 Milliarden Euro doppelt so teuer, wie im Bundesverkehrswegeplan 2030 veranschlagt. Die Kosten des geplanten Elbtunnels im Rahmen der A20 erhöhen sich nach heutigen Berechnungen allein von einer auf zwei Milliarden Euro.

Gleichzeitig wird Ausbau und Reaktivierung vorhandener Eisenbahnstrecken verzögert und z.T. nicht in Erwägung gezogen. Im Landkreis Rotenburg/Wümme bieten sich folgende Maßnahmen an: Ausbau der Eisenbahnstrecke von Bremervörde-Osterholz-Scharmbeck (Bremen) für Personen- und Güterverkehr, Gleiskurven bei Hesedorf/Bremervörde und Rotenburg zur Optimierung der Strecke Bremervörde-Rotenburg, Wiederinbetriebnahme der Strecken Zeven-Tostedt und Bremervörde-Rotenburg für den Personenverkehr.

10% der freiwerdende Gelder aus dem überfeuerten (Nicht-) Autobahnbau sollten anteilig für die Anliegerkreise und -Kommunen aufgeteilt werden, zweckgebunden für den ÖPNV und Ausbau der Bahninfrastruktur.

Dies allein wäre in der Zusammenschau ein zukunftsfähiges, klimaschonendes und kostengünstiges Modell der Verkehrsraumentwicklung vor Ort.

12

Niedersächsisches Kita-Gesetz: Bessere Kitas gibt es nicht zum Nulltarif!

Antragsteller*innen: Heike Boldt (KV Oldenburg), Stefan Klingbeil (KV Rotenburg), Daniel Josten (KV Region Hannover), Daphne Weber (LaVo, KV Hildesheim), Christoph Podstawa (LGF, KV Lüneburg), Kreszentia Flauger (KV Oldenburg-Land), Michael Ohse (KV Goslar), Dennis Olsen (KV Region Hannover), Antje Buche (KV Region Hannover), Merret Victoria Hoffmann (KV Region Hannover), Klaus Rippl (KV Region Hannover), Ole Fernholz (KV Region Hannover), Torben Franz (KV Nienburg), Nico Köster (KV Region Hannover), Lewia Gerlinger (KV Hildesheim), Anne-Mieke Bremer (KV Nienburg), Sünje Loës (KV Rotenburg), Maren Kaminski (KV Region Hannover), Linus Petersen (KV Harburg-Land), Aram Ali (KV Region Hannover), Michael Braedt (KV Region Hannover), Bernd Poggemann (KV Region Hannover)

- 1 Im März 2021 will die Landesregierung die Novellierung des Niedersächsischen Kita-Gesetzes in den
- 2 Landtag einbringen. Von Seiten der Gewerkschaft ver.di und den dort organisierten Kita-Fachkräften

3 gab es im Vorfeld die Erwartung, dass nach fast zwanzig Jahren Stillstand endlich bessere
4 Qualitätsstandards und vor allem ein besserer Personalschlüssel verabschiedet werden.

5

6 Nach Veröffentlichung des Gesetzentwurfs müssen wir jedoch gemeinsam mit ver.di, den
7 Beschäftigten, Elterninitiativen und Wohlfahrtsverbänden feststellen, dass stattdessen weitere
8 Verschlechterungen festgeschrieben werden sollen. Diese gehen zu Lasten der Beschäftigten, der
9 Qualität und damit am Ende auch zu Lasten der Kinder. Verbesserungsvorschläge, Anmerkungen und
10 der bisherige fachpolitische Diskurs werden komplett ignoriert.

11

12 In vielen Bereichen schreibt der Entwurf außerdem nur Standards fest, die auf Bundesebene längst
13 festgeschrieben - und auch dort nicht ausreichend - sind. Die Landesregierung und ihr Kultusminister
14 sind offenbar nicht gewillt, die notwendigen finanziellen Mittel für eine nachhaltige Verbesserung der
15 frühkindlichen Bildung und besserer Arbeitsbedingungen zur Verfügung zu stellen. Die gibt es aber
16 nicht zum Nulltarif!

17

18 DIE LINKE Niedersachsen unterstützt daher den gemeinsamen Appell zur Qualitätsverbesserung in
19 Kitas des Bündnis für Kinder und Familien in Niedersachsen, der LAG [Landesarbeitsgemeinschaft]
20 der Freien Wohlfahrtspflege Niedersachsen, der Konföderation evangelischer Kirchen in
21 Niedersachsen, des ver.di-Landesbezirkes Niedersachsen-Bremen, der Landesarbeitsgemeinschaft
22 Elterninitiativen Niedersachsen/Bremen und des Katholischen Büros Niedersachsen.

23

24 **Wir fordern von der Landesregierung und Kultusminister Grant Hendrik Tonne deutliche**
25 **Nachbesserungen im Gesetzentwurf, insbesondere:**

26

- 27 • Einen besseren Fachkraft-Kind-Schlüssel mit mehr Verfügungszeiten und mehr Zeit für
28 Fortbildungen, damit qualifizierte pädagogische Arbeit stattfinden kann und Kitas keine
29 Aufbewahrungsanstalten sind.
- 30 • Mehr Freistellungszeiten für die Kita-Leitungen, damit diese sich auf ihre Rolle in der
31 Qualitätsentwicklung und auf ihr Team konzentrieren können.
- 32 • Einen Rechtsanspruch auf einen integrativen Kita-Platz, damit es ein echtes Wahlrecht auf
33 gute Förderung gibt und Inklusion wirklich umgesetzt wird.
- 34 • Mehr Zeit und verbindliche Rahmenbedingungen für die Ausbildung in Kindertagesstätten,
35 inklusive einer Ausbildungs-/Praktikumsvergütung, damit Ausbildungskapazitäten und die
36 Attraktivität der Ausbildung gesteigert werden können.
- 37 • Pädagogische Fachkräfte in Ausbildung dürfen nicht auf den Stellenschlüssel angerechnet
38 werden, damit ihre Praxiszeit der Ausbildung dient und nicht um bereits ausgebildete
39 Fachkräfte einzusparen.
- 40 • Um den Fachkräftebedarf zu decken, müssen Assistenzkräfte Anspruch auf eine
41 Weiterqualifizierung zur pädagogischen Fachkraft bekommen.

42

43 Der aktuelle Fachkräftemangel in den Kitas darf nicht dazu führen, dass durch "Turbo-Ausbildungen"
44 und dem Heranziehen von Auszubildenden als pädagogische Assistenzkräfte die Ausbildungsqualität
45 leidet und an gut ausgebildeten Fachkräften gespart wird.

46

47 Wir fordern darüber hinaus eine gute Entlohnung aller Berufe im Erziehungsbereich und bessere
48 Arbeitsbedingungen in Erziehungsberufen. Ein besserer Betreuungsschlüssel und eine vergütete
49 Ausbildung können erste Schritte dazu sein. Darüber hinaus gestalten sie den Beruf der*des
50 Erzieher*in attraktiver, was dazu führen wird, dass er auch öfter ergriffen wird.

51

52 DIE LINKE. Niedersachsen trägt den Appell und die Diskussion um das NKitaG in die Öffentlichkeit
53 und unterstützt die Kita-Fachkräfte mit ihrer Gewerkschaft und ihren Verbänden.

Vorliegende Kandidaturen

Landesvorsitzende

Heidi Reichinnek

Lars Leopold

Stellvertretende Landesvorsitzende

Ursula Weisser-Roelle

Thorben Peters

Landesschatzmeister*in

Anne Zimmermann

Stellvertretende Landesschatzmeister*in

Hans- Georg Hartwig

Landesgeschäftsführer*in

Christoph Podstawa

JugendpolitischeR Sprecher

Felix Mönkemeyer

Landesvorstand - Liste zur Sicherung der Mindestquotierung

Anne-Mieke Bremer

Eva Brunnemann

Lewia Gerlinger

Franziska Junker

Susanne Steffgen

Behiye Uca

Landesvorstand - Gemische Liste

Friedrich-Bernd Albers

Maik Brückner

Tom Dobrowolski

Stefan Klingbeil

Stephan Marquardt

Arnold Neugebohm

Julien Niemann

Inklusionsbeauftragte

Kristina Schulz

Susanne Steffgen

Landesfinanzrevisionskommission

Klaus Rippl

Landesschiedskommission

Torben Franz

Hans Schulze-Eickenbusch

Sebastian Stoffregen

Heidi Reichinnek

Kandidatur für den

Landesvorsitz

Liebe Genoss*innen,

seit über einem Jahr hat uns die Corona-Pandemie fest im Griff. Für uns als LINKE. bedeutete das nicht nur inhaltliche, sondern auch eine organisatorische Herausforderungen. Gemeinsam können wir viel bewegen, müssen aber realistisch auf unsere personellen, materiellen und auch emotionalen Möglichkeiten achten. Ich bin mit dem Ziel angetreten, eine Vorsitzende für alle Genoss*innen zu sein, Gräben zu überwinden statt auszuheben. Sachlich streiten, gemeinsam kämpfen - an dieser Überzeugung halte ich weiterhin fest.

Mein Co-Vorsitzender Lars und ich haben in den letzten zwei Jahren eine erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit aufgebaut: Mehrmals wöchentlich äußern wir uns zu kommunal-, landes- und bundespolitischen Themen über unsere Homepage, Facebook und Instagram und haben durch Foto- und Videoaktionen Genoss*innen in ganz Niedersachsen motiviert, sich an unserer öffentlichen Darstellung zu beteiligen. Die LINKE. Niedersachsen ist medial präsenter geworden – das wollen wir weiter ausbauen und mehr Menschen erreichen. Unsere Positionen werden von der Mehrheit der Bevölkerung geteilt. Die LINKE. muss ihre Ziele und Argumente zuspitzen und auf Augenhöhe mit den Menschen in den Austausch gehen. Deswegen ist die Kommunalwahl für uns essenziell, wir können hier unsere Verankerung vor Ort stärken und der Partei ein Gesicht geben – dies erlebe ich als Ratsmitglied in Osnabrück immer wieder.

In den letzten beiden Jahren habe ich mich thematisch vor allem in der Mieten- und Wohnkampagne engagiert; mit beiden waren wir in vielen Kreisverbänden präsent. In meiner nächste Amtszeit möchte ich zudem die Kinder-, Jugend- und Bildungspolitik in den Fokus rücken. Durch meine Arbeit in der Jugendhilfe konnte ich in den letzten Monaten noch stärker als je zuvor sehen, welchen geringen Stellenwert Familien in der Politik der Regierungsparteien haben – hier müssen wir als LINKE. deutlich stärker in Erscheinung treten!



Die sich ständig ändernde Umstände, Isolation und Belastungen unterschiedlichster Art haben uns alle an die Grenzen gebracht und dennoch sind wir heute hier, kämpferisch und solidarisch! Gehen wir gemeinsam Schritt für Schritt in Richtung einer sozialistischen, antifaschistischen und feministischen Gesellschaft.

Solidarische Grüße

Heidi

Persönliche Infos

- 1988 in Merseburg geboren
- Studium der Nahoststudien und Politikwissenschaft sowie zahlreiche Nebenjobs in Halle, Kairo und Marburg
- aktuell Fachkraft in der Jugendhilfe und Projektkoordinatorin
- Ratsmitglied in Osnabrück seit 2016, Landessprecherin der Linksjugend von 2017 bis 2019, im Landesvorstand seit 2018, Vorsitzende seit 2019
- Mitglied bei ver.di & VVN-BdA
- Kontakt: heidi.reichinnek@yahoo.de

Lars Leopold

Kandidatur für den Landesvorsitz

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Corona-Pandemie hat unser Land weiter fest im Griff und lässt bestehende Missstände wie unter einem Brennglas deutlich zutage treten. Dabei wird die Gefährlichkeit einer Politik der Privatisierung von sozialer Daseinsvorsorge und des Kaputtsparens der öffentlichen Hand schonungslos offengelegt. In diesen herausfordernden Zeiten braucht es eine LINKE, die deutlich sagt, was ist. Dafür müssen wir die Missstände bei jeder Gelegenheit zur Sprache bringen. Gemeinsam mit meiner Co-Vorsitzenden, Heidi haben wir bei der Öffentlichkeitsarbeit unseres Landesverbands große Fortschritte gemacht und auch außerhalb von Wahlkämpfen Themen landesweit platziert. Etwa die explodierenden Mieten oder die Missstände in der Pflege.

Ich möchte, dass wir die Partei bleiben, die gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Beschäftigten dafür kämpft, dass die Menschen endlich vor Profite gestellt werden. Dafür kämpfen wir u.a. gemeinsam mit den Pflegekräften weiter für bessere Bedingungen in der Pflege - für mehr Personal, bessere Gehälter und für die Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich. Der aktuelle Landesvorstand hat den Zug für einen erfolgreichen Wiedereinzug in den Landtag von Niedersachsen aufs Gleis gesetzt.

Der nächste Landesvorstand muss dieses Ziel in weniger als zwei Jahren erreichen und noch in diesem Jahr gemeinsam mit euch die Kommunal-, die Bundestagswahl vorbereiten. Für diese enorme Herausforderung brauchen wir eine entschlossene und geschlossene Partei, in der Gemeinsamkeiten nach vorne gestellt und solidarisch miteinander Politik gemacht wird. Harte und öffentlich ausgetragene Auseinandersetzungen untereinander sind hierbei keine Option. Sie werden uns viel Sympathie und Zustimmung in der Bevölkerung kosten und auch uns zermürben.

Nur, wenn wir unsere Vielfältigkeit als Stärke begreifen, unser politisches Engagement gegenseitig wertschätzen, gemeinsam aus unseren Fehlern lernen und unsere Erfolge nicht klein reden, dann werden wir auch unsere Schlagkraft als Landesverband erhöhen.

Als Landesvorsitzender will ich wie bisher mit dazu beitragen und freue mich über Eure Unterstützung.

Solidarische Grüße

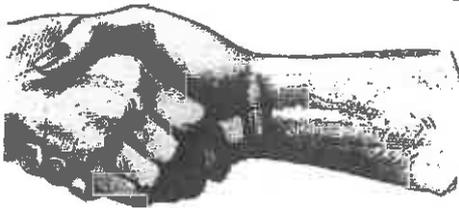
Lars

Persönliche Infos

- 43 Jahre alt, geboren in Güstrow
- Kaufmann im Groß- & Außenhandel
- verheiratet, 1 Tochter und wohnhaft in Eime
- Mitglied bei ver.di und der Sozialistischen Linken
- Ratsherr in Eime und in der Samtgemeinde Leinebergland und Abgeordneter im Kreistag von Hildesheim
- Kontakt: lars.leopold@gmx.de



Bewerbung als stellv. Landesvorsitzende



Ursula Weisser-Roelle
Kreisverband DIE LINKE. Braunschweig

„So ist das Leben und so muß man es nehmen, tapfer, unverzagt und lächelnd - trotz alledem.“

Rosa Luxemburg, Brief an Sonia Liebknecht, 1917

Liebe Genoss_innen,

ich bewerbe mich für eine 2.Periode als stellv. Landesvorsitzende um in verantwortlicher Stellung gemeinsam mit anderen die LINKE zu einer relevanten Kraft in Niedersachsen weiterzuentwickeln. In den nächsten zwei Jahren stehen wichtige Aufgaben vor uns. Im September dieses Jahres müssen wir die Kommunalwahl und zwei Wochen später die Bundestagswahl organisieren und erfolgreich bestehen. Nur mit einem guten Ergebnis dieser Wahlen haben wir eine Chance im Herbst 2022 wieder in den Landtag einzuziehen. Die vor uns liegenden Wahlkämpfe sind für den neu zu wählenden Landesvorstand und die gesamte Partei sowohl Kraftprobe als auch Möglichkeit. Kraftprobe, weil zwei so dicht aufeinander folgende Wahlkämpfe viel Organisation benötigen, Möglichkeit, weil durch kontinuierliche Arbeit und konsequente linke Politik unser politisches Profil als sozialistische Partei gestärkt wird.

Für DIE LINKE ist Wohnen ein Menschenrecht. Wir wollen mit unsern wohnungspolitischen Dreiklang, Immobilienkonzerne enteignen, Mietendeckel einführen und den sozialen Wohnungsbau fördern, einen Richtungswechsel herbeiführen. Gemeinsam mit anderen Genossinnen und Genossen möchte ich unsere Kampagne für bezahlbaren Wohnraum daher noch stärker in der Partei verankern. Niedersachsen ist ein Flächenland, das heißt, wir müssen zum Thema Infrastruktur und Mobilität Lösungsansätze sowohl für das „flache Land“ als auch für die Städte entwickeln. Ein flächendeckender, kostenfreier, taktstarker und vermehrt schienengestützter Nahverkehr ist für eine sozial- ökologische Infrastruktur unerlässlich. Desweitem will ich die gewerkschaftlichen Kämpfe vor Ort unterstützen und den Kontakt zu den Gewerkschaften ausbauen.

Damit wir das schaffen können, möchte ich gemeinsam mit den anderen zu wählenden Vorstandsmitgliedern daran mitwirken, dass wir uns als Partei und als Organisation stetig weiterentwickeln. Eines liegt mir besonders am Herzen: Ein politischer Stil innerhalb der LINKEN und nach außen durch DIE LINKE, der von Respekt und Solidarität geprägt ist. Denn er ist unverzichtbar, für eine breite gesellschaftliche Zustimmung für eine linke, sozialistische und demokratische Politik. An diesen Aufgaben möchte ich mitarbeiten und freue mich über Eure Unterstützung.

Zur Person: Ich bin insbesondere gewerkschaftspolitisch sowie zu den Themen Wohnen und Nahverkehr aktiv, seit 1972 aktives Mitglied der IG Metall, ehemalige Betriebsratsvorsitzende bei Siemens BS, bis 2015 Personalbetreuerin bei Siemens BS, Gründungsmitglied der LINKEN 2007, von 2008 bis 2013 Landtagsabgeordnete für DIE LINKE Niedersachsen. on 2007 -2017 Mitglied im Bundesausschuss und seit 2015 Kreisvorsitzende im KV Braunschweig.

Mit solidarischen Grüßen
Ursula Weisser-Roelle



Bewerbung als stellv. Landesvorsitzender

Thorben Peters

Kreisverband DIE LINKE. Lüneburg

**„Wenn der Mensch von den Umständen gebildet wird,
so muß man die Umstände menschlich bilden.“**

Karl Marx/Friedrich Engels, „Die heilige Familie“, 1845.



Liebe Genoss_innen,

es gäbe viele Krisen, die man neben der Corona-Krise aufzählen könnte. Sei es die Verelendung ganzer Landstriche aufgrund der Bereicherung großer Konzerne, die humanitäre Katastrophe durch weltweite Vertreibung von Menschen, die ökologische Bedrohung unserer menschlichen Lebensgrundlagen, bis hin zur wachsenden internationalen Gefahr durch Kriege und Konflikte. Sie alle sind Ausdruck einer viel tiefer liegende Systemkrise des neoliberalen Kapitalismus. Als Partei DIE LINKE sind wir gefordert, wie schon lange nicht mehr – Weltweit bis in die Kommune.

Wir müssen anspruchsvoller, mutiger und vor allem kämpferischer werden. Denn in jeder Krise, steckt auch die Möglichkeit die Verhältnisse entscheidend zum Besseren zu wenden. Mit unserem Unmut sind wir bei weitem nicht allein. Gemeinsam unseren zahlreichen Bündnispartner_innen, den progressiven Bewegungen, Gewerkschaften, Verbänden, Initiativen und bisher Unorganisierten, müssen wir mit Solidarität und Elan vorangehen. Ich meine, die Verwirklichung eines menschenwürdigen Lebens aller ist untrennbar verbunden mit ziviler Konfliktlösung, dem Stopp von Rüstungsexporten, der Auflösung der Nato, der wirklichen Gewährung humanitärer Hilfe, der Wiederherstellung des Asylrechts, der Umverteilung des Reichtums, der Demokratisierung der Wirtschaft, dem sozial-ökologischen Umbau unserer Gesellschaft sowie der umfänglichen Realisierung der Menschenrechte, insbesondere gegen alles Rechte. DIE LINKE als sozialistische Partei hat dafür eine hohe Verantwortung, für eine alternative Gesellschaft, frei von Ausbeutung und Krieg zu kämpfen.

Wir müssen mehr Menschen überzeugen, den Kopf zu heben, sich einzumischen und zu organisieren. Wir sind nicht wie die anderen Parteien, in denen einzig Vorstände und Fraktionen über die Ausrichtung von Inhalt und Politik bestimmen, getrieben von Lobbygruppen und Medienkonzernen. Wir sind eine lebendige Mitglieder- und Programmpartei, wir streiten miteinander und lernen miteinander. Ich bin davon überzeugt, dass wir es als Partei in der Hand haben. Zusammen mit anderen Genoss_innen möchte ich mich daher im Landesverband dafür einsetzen, um für eine Partei zu wirken, die diesem Anspruch gerecht wird - mit Überzeugung, Biss und Humor!



Zur Person: Ich bin insbesondere bildungspolitisch, antifaschistisch sowie friedenspolitisch aktiv, Mitglied der Redaktion mit:links in Niedersachsen, des dielinke.SDS, des Geraer Sozialistischer Dialog, der LAG Bildung, dem VVN-BdA, der Falken und der GEW. Ich bin seit 2013 Mitglied der Partei und seit 2015 im Vorstand des Kreisverbandes DIE LINKE. Lüneburg, seit 2017 im Landesvorstand DIE LINKE Niedersachsen und seit 2019 Delegierter des Bundesausschusses.

Mit sozialistischen Grüßen
Thorben Peters



Anne Zimmermann

Bewerbung als Landesschatzmeisterin

Liebe Genoss*innen!

In den letzten zwei Jahren konnte ich mich umfänglich in die Landesschatzmeisterei einarbeiten. Das ist mir vor allem durch die solidarische Unterstützung von Hans-Georg Hartwig sehr gut gelungen. Die Umstellung der Landesbuchhaltung hat uns allerdings vor große Herausforderungen gestellt, die wir gemeinsam sehr gut gemeistert haben und die wir gerne weiter im Team bewältigen möchten.

Mir ist es besonders wichtig die Genoss*innen, die mit der Schatzmeisterei in den Kreisverbänden betraut sind, zu schulen und bei Problemen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. In den letzten zwei Jahren ging es dabei zum Beispiel um Probleme mit dem Mitgliederprogramm, die Erstellung von Haushaltsplänen und Rücklagenbildung für Wahlkämpfe.

Vor uns liegen mit der Kommunalwahl, der Bundestagswahl und der Landtagswahl im nächsten Jahr drei wichtige Wahlkämpfe. Da gilt es besonders, die Finanzen und unsere politischen Inhalte und Aktionen sinnvoll und effizient miteinander zu verbinden. Ich möchte mit euch auf einen erneuten Einzug in den Landtag hinwirken.

Neben den Aufgaben der Landesschatzmeisterei ist es mir besonders wichtig, unsere Kreisverbände weiter zu stärken und ihnen Organisations- und Aktionshilfen zur Verfügung zu stellen. Es wäre ein guter Schritt, die Kreisvorsitzenden-Konferenzen zu optimieren und zu erweitern. Hier möchte ich weiterhin aktiv sein und mich einbringen.

Besonders engagiert war ich neben meiner Tätigkeit als stellvertretende Landesschatzmeisterin auch in der Redaktion des Mitgliedermagazins mit:links. Zudem habe ich aktiv in der Mitgliederbetreuung mitgewirkt. Hier habe ich ein Konzept zur Neumitgliedergewinnung erarbeitet, an dessen Umsetzung ich weiterhin arbeiten möchte.

Mein politischer Schwerpunkt liegt im Bereich Bildungspolitik.

Ich möchte weiterhin im Team der Landesschatzmeisterei und in Zusammenarbeit mit dem Landesfinanzrat aktiv sein und mich mit meinem Organisationstalent und Kreativität im Landesvorstand für eine starke LINKE. Niedersachsen einsetzen.

Mit sozialistischem Gruß
Anne Zimmermann

Persönliches

verheiratet
eine achtjährige Tochter
Gelernte Mediendesignerin (Bachelor of Arts)
Studentin (Mathematik/Musik/Germanistik)

ak.zimmermann@posteo.de
0176-24115587

Politischer Lebenslauf

Mitglied bei DIE LINKE. Niedersachsen
seit 2005
Stellv. Landesschatzmeisterin seit 2019
Kreisvorsitzende KV Wolfsburg seit 2018
Mitgliederbeauftragte KV Wolfsburg bis
2018

Gewerkschaftschor Gegenwind seit 2011
Singen von Arbeiter-, Freiheits- und Friedensliedern aus aller Welt

Kinder- und Jugendverband SJ - Die Falken
1995 bis 2012
Organisation, Durchführung und Nachbereitung von u.a. Bildungsveranstaltungen, Wochenendseminaren, Schulungen und Zeltlagern

Protest um das Zwischenlager Gorleben
seit 1995
U.a. Planung und Organisation von Protestcamps

AG für Internationale Solidarität Wolfsburg
1996 bis 2003 Inhaltliche Schulung in theoretischen, politischen Konzepten
Schwerpunkt: Antifa

„No Border“-Netzwerk 1999-2002
Planung und Organisation von „No Border, No Nation - Grenzcamp“

Weitere Mitgliedschaften:

VVN/BdA
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Mieterschutzbund

Bewerbung zum Mitglied des Landesvorstandes als Stellvertreter Landesschatzmeister bei dem Landesparteitag DIE LINKE, NIEDERSACHSEN im Februar, 2021

Hans-Georg Hartwig, Kreisverband Braunschweig

Persönliches:

Geboren 1953 in Braunschweig als Sohn einer Alleinerziehenden mit vier Kindern.
Vollschulabschluss, anschließend 1969 Facharbeiterausbildung bei Siemens Braunschweig zum Elektromechaniker. Bis 1981 bei Siemens Braunschweig als Facharbeiter tätig. Nach politisch motivierter Kündigung, berufliche Tätigkeit im Bürgerreserveservice als Techniker. Nach anschließender 6-monatiger Arbeitslosigkeit, zweijährige Ausbildung zum staatlich anerkannten „CNC-Anlagen-techniker“. Danach ab 1986 Tätigkeit als Software-Entwickler bei einem hannoverschen Zulieferbetrieb für den Maschinenbau. Nach dessen feindlicher Übernahme und Abwicklung im Jahre 2002, war auch ich entlassen und mit nun über 50 Jahren „schwer“ vermittelbar. In den letzten 10 Jahren meiner Berufstätigkeit Mitarbeiter der Fraktion DIE LINKE, im Rat der Stadt Braunschweig. Ab Januar 2019 nach mehr als 45 Versicherungsjahren Rentner.

Bisherige politische Aktivitäten

Gewerkschaftlich: Mit Beginn der Berufsausbildung Eintritt in die IG Metall. Aktiv in der örtlichen Gewerkschaftsjugend und als Jugendvertreter, später gewerkschaftlicher Vertrauensmann. In den 90er Jahren Betriebsrat, Betriebsausvorsitzender in einem hannoverschen Maschinenbaubetrieb mit 250 Beschäftigten, Mitglied der IGM Delegiertenkonferenz Hannover, aktiv in der örtlichen gew. Bildungsarbeit.
Partei politisch: Nach der Auflösung fast aller gewerkschaftlichen Jugendgruppen (1973) durch die damals stark SPD dominierten DGB-Gewerkschaften in Niedersachsen Mitbegründer der Braunschweiger Ortsgruppe des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands (KBW), ab 1980 des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK).

1994 Eintritt in die PDS. Ab 1996 Mitglied des Landesvorstandes in verschiedenen geschäftsführenden Funktionen, Mitglied im ersten Landesvorstand DIE LINKE-Niedersachsen, Mitglied des Kreisvorstandes Braunschweig. Mitglied der Zusammenschlüsse: „AG Betrieb & Gewerkschaft“ und „Geraer Sozialistischer Dialog“.

Kommunalpolitisch: In den 80er Jahren Mitbegründer der „LINKEN LISTE Braunschweig“, 1991 bis 1996 deren Mitglied im Rat der Stadt Braunschweig, 2002 bis 2006 Stadtbezirksratsmitglied für die PDS in Braunschweig

Bündnisarbeit: Seit dem Jugoslawienkrieg Mitorganisator eines Bündnisses gegen den Krieg (heute „Braunschweiger Bündnis für den Frieden“), Mitorganisator der damaligen „Montagsdemonstrationen – Weg mit Hartz IV“, Mitwirkend im „Bündnis gegen Rechts“, bei Anti-TTIP-Aktionen u.a.m.

Zu meiner Bewerbung als Stellvertreter Landesschatzmeister
Ich war in den letzten beiden Wahlperioden der PDS Niedersachsen deren Stellv. Landesschatzmeister bzw. Landesschatzmeister.

Als Mitglied des Landesvorstandes DIE LINKE, Niedersachsen wandte ich mich im Jahre 2013 (nach dem Verlust unserer Landtagsfraktion und den damit einhergehenden massiven Einnahmeverlusten) dagegen, ein neues unbereinigtes Arbeitsverhältnis in der Landesgeschäftsstelle einzurichten und schlug dem Landesausschuss einen alternativen Landeshaushalt vor. Fand hierfür allerdings keine Mehrheit. Im Jahre 2014 sprach ich auf dem Landesparteitag energisch gegen den Antrag, den Beitragsanteil der Kreisverbände an der Gesamtbetragssumme durch Streichung des Landesfonds von 55% auf 40% zu senken und schlug erneut einen alternativen Landeshaushalt vor, welcher die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kreisverbände erhält. Da der Parteitag den Landesfond nicht stich, fanden sich Eckpunkte meines Haushaltsentwurfes auch im beschlossenen Haushalt 2014 wieder.

Nach meiner Wahl zum Landesschatzmeister im Jahre 2015 konnte ich meine vorherigen Aussagen mit einem Vorschlag zum Nachtragshaushalt 2015 bestätigen. Die Finanzmittel für politische Tätigkeit konnten sogar spürbar verbessert werden (LAGs, Kampagne „Das muss drin sein“; Zuwendung an solid). Diese politische Tendenz konnte in den Haushalten 2016-20 fortgesetzt werden. Haushaltsreste des Vorjahres wurden jeweils als Wahlkampfrücklagen eingesetzt. Im Jahre 2019 konnte die lange angestrebte hauptamtliche Landesgeschäftsleitung realisiert werden, ohne ansonsten die finanzpolitische Handlungsfähigkeit von Landesverband und Kreisverbänden einzuschränken. So konnten auch die Finanzmittel für unsere landesweiten Kampagnen zur Pflege und Miete bereitgestellt werden.

Ich denke, dies war eine solide finanzpolitische Arbeit und dies nicht zuletzt im Sinne der Realisierung der politischen Vorhaben des Landesverbandes!
Entscheidend hierfür war unsere positive Mitglieder- und Beitragsentwicklung, unsere Erfolge bei der letzten Kommunalwahl welche die Finanzkraft unserer Kreisverbände stärkte – mithin ein Erfolg der gesamten Landespartei!

Zu diesem Parteitag bewerbe ich mich als Stellvertreter Landesschatzmeister, aus folgenden Gründen:

1. Bin ich jetzt seit drei Wahlperioden Landesschatzmeister und wir wollen richtigenweise nicht, dass unsere gewählten Funktionäre „ewig auf ihrem Posten sitzen“.
2. Haben wir ebenso richtig mit der letzten Landesvorstandswahl schon ein Nachrückken von Jüngeren eingeleitet, gleichwohl ohne das Erfahrungswissen von Älteren zu missachten.
3. Hat sich Anne Zimmermann als bisherige Stellvertreterin gut eingearbeitet und im wachsendem Maße Aufgaben im Finanzressort übernommen, so dass ich hier eine ausdrückliche Empfehlung zu Ihrer Wahl als Landesschatzmeisterin aussprechen kann.
4. Gleichwohl haben wir durch das Ausscheiden unserer langjährigen Buchhalterin auch finanztechnische Kenntnisse verloren, die in der weiteren Einarbeitung der Nachfolgerin zurückgewonnen werden müssen. Hierzu glaube ich entscheidend beitragen zu können.

Mit der Bitte um euer Vertrauen zu meiner Bewerbung,

wie um Prüfung meiner Empfehlung für Anne Zimmermann als Landesschatzmeisterin.

Hans-Georg Hartwig



10.10.2010 beim „Krach schlagen statt Kohldampf schieben“ in Oldenburg

Erneute Bewerbung als Landesgeschäftsführer von Christoph Podstawa



2000 Eintritt in die PDS

seit 2016 Mitglied im Stadtrat
Lüneburg

seit 2017 Bundesvorstand Robin Wood
(Klimabewegung)

seit 2019 Landesgeschäftsführer
Die LINKE.Niedersachsen

2004-2009 Studium der Pädagogik

2009-2012 Bildungsberatung bei einem
Bildungsträger und der Hansestadt
Lübeck

2012-2014 Menschenrechtsbegleiter in
Guatemala

2014-2018 Projektleitung Leuphana Uni-
versität Lüneburg

2018-2019 Erzieher im Kindergarten

Mitgliedschaften: Ver di, Rote Hilfe,
Flüchtlingsrat Niedersachsen, Pro Asyl,
Mieterinitiative Kaltenmoor

Liebe Genoss*innen,

in den nächsten zwei Jahren stehen uns gleich drei Wahlen bevor. Wahlen gewinnen wir nicht im Wahlkampf, sondern lange davor. Wir werden die Kommunal- und Bundestagswahlen erfolgreich führen und 2022 in den Landtag einziehen, wenn wir weiter an unserer gesellschaftlichen Verankerung arbeiten. Gesellschaftliche Verankerung entsteht durch beständige Vernetzungs-, Bündnis- und Zusammenarbeit vor Ort und landesweit.

Gemeinsam mit Gewerkschaften, Antifa, Seebrücke, Mieterinitiativen, Pflegerebell*innen, feministischen und antirassistischen Initiativen, Sozialverbänden sowie der Klimagerechtigkeitsbewegung erstreiten wir Stück für Stück soziale Gerechtigkeit, den sozial-ökologischen Wandel und gesellschaftliche Solidarität – in den Städten und ländlichen Räumen. Wandel entsteht von unten und wir als LINKE sind ein wichtiger Teil dessen! Wir sind die Partei der Solidarität. Wir organisieren Solidarität. Unsere Aufgabe ist es, den zivilgesellschaftlichen Druck in die Räte und Parlamente zu tragen und die Stimmen zu verstärken, die sonst überhört werden.

Vor zwei Jahren bin ich als mobiler, politisierender und demokratisierender Landesgeschäftsführer angetreten. In meinem Rechenschaftsbericht habe ich die Projekte und Erfolge der letzten beiden Jahre dargestellt. Ich trete wieder an mit den Zielen 1. unsere Partei in ländlichen Räumen weiter aufzubauen, 2. unser landespolitisches Profil zu schärfen und 3. Strukturen zu stärken, die die Partei von unten nach oben denken und damit demokratisieren.

Lasst uns den eingeschlagenen Weg weitergehen: mit thematischen Konferenzen, die wir auch zur Vernetzung nutzen. Dadurch, dass wir solidarische Räume schaffen, in denen wir diskutieren und uns gegenseitig bilden. Mit Wahlkämpfen, die wir zur Mobilisierung unserer Genoss*innen, zur Mitgliedergewinnung und zur Politisierung der Gesellschaft nutzen.

In den nächsten zwei Jahren legen wir wichtige Grundsteine für eine starke und gesellschaftlich verankerte LINKE. Als Landesgeschäftsführer möchte ich meine Arbeit daran fortsetzen und bitte dafür um Euer erneutes Vertrauen.

Solidarische Grüße,
Euer Christoph

KANDIDATUR ALS JUGEND- POLITISCHER SPRECHER IM LANDESVORSTAND

FELIX MÖNKEMEYER

Liebe Genossinnen und Genossen,

auf ihrer Mitgliederversammlung am 13. Februar hat mich die Linksjugend Niedersachsen als jugendpolitischen Sprecher nominiert.

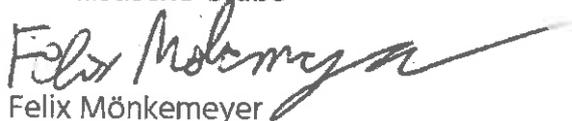
Politiert wurde ich 2014 im Rahmen der Griechenland-Krise und in Anbetracht der unsozialen Sparpolitik in Europa. Seit 2015 bin ich Mitglied der Partei DIE LINKE und seit 2016 als Kommunalpolitiker und in verschiedenen Gremien für sie tätig. Als Mitglied im Präsidium des Landesausschusses habe ich die inhaltliche Schärfung unseres Profils und zuletzt die Erstellung des Kommunalwahlprogrammes mitbetreut.

Um gesellschaftlichen Einfluss und Wahlen zu gewinnen, ist ein geschlossener und professioneller Außenauftritt enorm wichtig. Seit 2019 unterstütze ich den Landesverband tatkräftig bei seiner Öffentlichkeitsarbeit und gestalte federführend die Beiträge unserer Social-Media-Kanäle.

Außerdem war ich bei Organisation und Durchführung zahlreicher Aktionen, wie beispielsweise der ‚Miethai‘-Aktion engagiert dabei. Ich bin also nicht nur ein ‚Kandidat der Jugend‘ sondern kenne auch die Landespartei in all ihren Facetten.

Ich möchte eine starke Stimme für den Jugendverband im Landesvorstand sein, weiter für eine gute Zusammenarbeit sorgen und Konzepte, Anregungen, Lob, aber auch mal Kritik aus der Linksjugend in die Partei tragen. Denn nur gemeinsam können Jugend und Partei die kommenden Wahlen rocken und dafür sorgen, dass 2022 wieder eine linke Alternative im niedersächsischen Landtag sitzt!

Sozialistische Grüße


Felix Mönkemeyer

Über mich

24 Jahre alt, Kreisverband Hannover, Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Leibniz-Universität, Mitarbeiter für Öffentlichkeitsarbeit bei der Bundestagsabgeordneten Jutta Krellmann

Ämter und Mandate

2016 - 2020 Mitglied im Kreisvorstand DIE LINKE Hameln-Pyrmont

seit 2016 Ratsherr im Rat der Stadt Hessisch Oldendorf

seit 2017 Landessprecher Linksjugend Niedersachsen (seit 2019 Landesvorsitzender)

seit 2018 Mitglied im Landesausschuss, seit 2019 im Präsidium

Mitarbeit in verschiedenen AGs des Landesverbandes (z.B. AG Wohnen und Wahlkampfkommission zur Europawahl 2019)

Schwerpunkte

Wirtschafts-, Finanz- und Europapolitik

Über mich

Mag Katzen, Videospiele und Sushi, Mitglied bei ver.di und der Keynes-Gesellschaft

Kontakt

Mail: mail@felix-moenkemeyer.de

Instagram: [@felix.moenkemeyer](https://www.instagram.com/@felix.moenkemeyer)

Twitter: [@FelixHameln](https://twitter.com/@FelixHameln)



Anne-Mieke Bremer

Kandidatur für den Landesvorstand

Liebe Genoss*innen,

als jahrelang kämpfende Antifaschistin weiß ich um die Erfahrung zäher Kämpfe und weiß auch, wie sie gewonnen werden können. In breiten zivilgesellschaftlichen Bündnissen, an deren Organisation ich beteiligt war, ist es uns gelungen, eine faschistische Gruppierung in Nienburg abzuwehren und Naziaufmärsche zu verhindern. Hierzu haben wir die Kämpfe von Antifa-Gruppen mit dem Widerstand bürgerlicher Gruppen vernetzt, vereint und ihnen somit mehr Nachdruck verliehen.

In diesem Zusammenhang ist auch das „Weserbeatzt – Nazis aus dem Takt bringen“-Festival entstanden, in das ich meine jahrelange Erfahrung in Sachen Jugendkulturförderung und Konzertplanung auf dem platten Land einbringen konnte – es gelang uns als Kleinstadt, ein widerständiges, kritisches Festival auf die Beine zu stellen, das stabil mit über 1000 Besucher*innen rechnen kann.

DIE LINKE. ist die antifaschistische Kraft der parteipolitischen Landschaft in Deutschland und die muss sie bleiben. Es wird darauf ankommen, uns als die entscheidende Kraft gegen Faschist*innen auf der Straße und in den Parlamenten zu positionieren. Die Verbindung der Partei mit antifaschistischen Initiativen wird mir ein wichtiges Anliegen sein.

Mit meinen Erfahrungen als Gewerkschafterin und als stellvertretende Kreisvorsitzende des DGB Nienburg liegt mir die Stimme der sozialen Bewegungen besonders am Herzen. Nur in enger Zusammenarbeit mit ihnen, kann es uns gelingen erfolgreiche politische Kämpfe zu führen; sei es nun in Wahlkämpfen oder in der außerparlamentarischen Opposition.

Im Landesvorstand will ich mich dafür einsetzen, Kreisverbände in ländlichen Räumen zu stärken und zu unterstützen. Wir müssen in den kommenden Wahlkämpfen im Besonderen auf kleine Kreisverbände schauen und die Sichtbarkeit unserer Partei in der Fläche ausbauen.

Hierzu müssen wir die Wahlkämpfe auch als Gelegenheit zur politischen Organisation und Mitgliedergewinnung verstehen. Dies kann nicht nur Aufgabe der Kreisverbände allein sein. Eine solidarische Unterstützung vom Landesverband ist notwendig, um Neumitgliedertreffen zu planen und niedrigschwellige Bildungsangebote zu organisieren.

Solidarische Grüße
Anne-Mieke Bremer

geboren am 31.10.1991

Grafikdesignerin
Studentin, B.A. Soziale Arbeit
Referentin jugendpolitische
Bildung

Mitglied bei DIE LINKE.,
Linksjugend [solid], Ver.di,
Weserbeatzt e.V.

Vorstandsmitglied DIE LINKE.
KV Nienburg/Weser

Sprecherin Linksjugend
Nienburg/Weser

Stellvertretende DGB-Vorsitzende
KV Nienburg/Weser

Kontakt:
anne-bremer@hotmail.de



Eva Brunnemann

- Kandidatur für den Landesvorstand -

Liebe Genoss*innen,

wie ihr am Jahrgang seht, ich bin etwas spät dran und habe keine Zeit zu verlieren. Ich bin erst vor drei Jahren in die Partei eingetreten und habe richtig Lust auf Neues.

Im Dezember 2017 bin ich in die Linke eingetreten, ich war in München Ortsvorsitzende in West/Mitte. Da war meine hauptsächliche Aufgabe, die Mitgliedertreffen so zu verändern, dass wir mehr Freude und weniger Streit haben, dass nicht immer nur dieselben reden und andere sich nicht trauen, dass neue Genoss*innen nicht so abgeschreckt werden, dass sie nicht mehr wiederkommen.

In meinem jetzigen Landkreis Northeim geht es darum, überhaupt Mitglieder zu finden. Seit Dezember 2019 bin ich Kreisvorsitzende. Ich kenne die Schwierigkeiten im ländlichen Raum, große Entfernungen, auf einer Fläche von 1.267 km² verteilen sich 59 Genoss*innen. Vor ein paar Jahren hat sich die Partei zerlegt und die Mitgliederzahlen halbiert. Bei der Kreistagswahl 2016 bekamen wir 2,17 %. Das ist die Ausgangslage. Dafür brauchen wir einen Plan und Menschen, die sich organisieren, um ihn umzusetzen. Dafür brenne ich, mich mit Leuten zu organisieren, gemeinsam einen Plan zu entwickeln und diesen auf den Weg zu bringen.

Ich möchte die Anliegen der KVs in den ländlichen Räumen im LaVo vertreten und mitarbeiten am Aufbauplan.

Ich bin eine gute Netzwerkerin (das war ich schon in meinem Beruf). Ich greife die Themen auf, die in der Luft und auf der Straße liegen. In Einbeck ist es die rechte Gewalt und das Engagement der Antifaschist*innen. Unsere antifaschistische Konferenz im letzten Oktober war ein großer Erfolg und hat der Antifa Aufschwung gegeben.

Dann gibt es noch eine kleine Fridays For Future Gruppe in Einbeck und Klimaaktivist*innen in meinem Umfeld. Da muss doch was zusammen gehen. Die Planung einer Regionalkonferenz ermöglicht ein Netzwerk aufzubauen für die klimagerechte Verkehrswende und Mobilität für Alle. Damit diese Themen auch in den Parlamenten Gehör finden, lade ich neue Menschen ein, sich im Kommunalwahlkampf zu engagieren und in ihren Orten zu kandidieren. Mit zwei jungen Genossen habe ich angefangen, den Haustürwahlkampf zu organisieren. Nach und nach kommen andere dazu, so dass wir bald genug sein werden, um an viele Türen zu klopfen.

Ich setze mich ein für solidarische und kooperative Umgangsformen in transparenten Strukturen. Wenn wir das schaffen, können wir uns gegenseitig unterstützen und aufbauen. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag für eine neue Kultur jenseits Angst und Konkurrenz.



Eva Brunnemann

Jahrgang 1956

Kreis- und Ortsvorsitzende

LAG Parteientwicklung

LAG Antifa

Landesrat linker Frauen

Lebenssituation

Seit Juni 2019 bin ich Rentnerin. Die letzten 20 Jahre habe ich als Sozialpädagogin in der Kinder- und Jugendhilfe gearbeitet.

Ich habe in Salzderhelden den Ort gefunden, an dem ich politisches Engagement und solidarisches kollektives Leben verbinden kann. Das war schon immer mein Traum. Hier betreibe ich im Verein Solicafé Einbeck e.V. ein unkommerzielles Café, einen Raum für Begegnung, für den Aufbau solidarischer Strukturen.

Ich lebe in Nachbarschaft und enger Kooperation mit dem Projekthaus K20, einem Treffpunkt für Aktivist*innen im Aufbau von basisdemokratischen Räumen, im Kampf gegen den Klimawandel und jegliche Zerstörungen durch den Kapitalismus.

Lewia Gerlinger
Kandidatur
für den Landesvorstand

Kreisverband Hildesheim



Zu meiner Person:

- geb. 1998 in Demmin (Mecklenburg-Vorpommern)
- Studentin der Psychologie (B.Sc.)
- seit 2019 im Kreisvorstand DIE LINKE. Hildesheim (seit 2020 stellv. Kreisvorsitzende)
- aktiv im Landesrat LINKE Frauen, in der Landesbildungskommission und der LAG Antifa
- hochschulpolitische Erfahrung (als AStA-Referentin/-Vorsitzende, Senatorin, Stiftungsratsbeisitzerin)
- seit 2014 in antifaschistischen, feministischen und kulturellen Kontexten aktiv
- Mitglied bei: Rote Hilfe, VVN-BdA, Berufsverband deutscher Psycholog*innen, Linksjugend [‘solid]

Liebe Genoss*innen,

mein Name ist Lewia, ich bin 22 Jahre alt und ich lebe seit 2016 in Hildesheim. Aufgewachsen bin ich in Schwerin, wo ich mich während des wiederholten Protests gegen anhaltende Neonazidemonstrationen mit 14 Jahren politisierte. Seither ist es mir wichtig, Menschen die politischen Missstände und Möglichkeiten unserer Zeit näherzubringen und sie zur Auseinandersetzung mit selbigen zu bewegen. Neben der Organisation von Demonstrationen, Workshops und weiteren Aktionsformaten habe ich meine Zeit als Studierendenvertreterin genutzt, um politische Themen in den universitären Diskurs zu tragen. Nach drei Jahren in der Hochschulpolitik entschied ich mich 2019 für den Eintritt in DIE LINKE., um mehr Menschen mit diverseren Perspektiven im Rahmen meiner politischen Arbeit zu erreichen.

DIE LINKE. ist die Partei der Emanzipation und der Partizipation.

Als Partei haben wir die Möglichkeit, Menschen eine Plattform zu bieten. Eine Plattform, von der aus sie vor dem Hintergrund unterschiedlichster Lebensrealitäten über innerparteiliche Diskurse hinweg ihre Kämpfe in die Öffentlichkeit tragen, gesamtgesellschaftliche Entwicklungen beeinflussen und gleichzeitig an diesen Entwicklungen teilhaben können. Dies schaffen wir, indem wir eine solidarische Parteikultur etablieren, die alle Mitglieder dazu befähigt, für ihre Interessen einzustehen!

Um flächendeckende Partizipation zu erreichen, muss der Landesvorstand mit wirklich allen Kreisverbänden in Kontakt treten und die Ressourcen der Partei gerecht verteilen. Dazu möchte ich das Regionalisierungskonzept, das bisher im Landesvorstand entwickelt wurde, stärken und ausbauen. Nur dann werden wir die Expertise all unserer Mitglieder einbinden und nach außen geschlossen auftreten können. Erst durch die daraus folgende Kooperation mit außerparlamentarischen Bewegungen kann der Druck erzeugt werden, den es braucht, um gesellschaftliche Veränderung hervorzurufen! Wichtig dabei ist, wachsam zu bleiben und sich radikal gegen Verschwörungserzählungen und jede Form von Diskriminierung zu positionieren.

DIE LINKE. ist die Partei der Politischen Bildung.

Politisches Engagement ist ein stetiger, nie abgeschlossener Lernprozess. Diesem Lernprozess gegenüber dürfen wir uns nicht verschließen. Das bedeutet auch, parteibezogene Missstände zu thematisieren. Im Gegenzug müssen wir daran arbeiten, mit Vorurteilen über unsere Politik und unser Programm aufzuräumen und unsere Mitglieder in diesen Bereichen weiterzubilden.

Genauso ist es unsere Pflicht, unsere Inhalte an unsere Mitmenschen heranzutragen – und zwar nicht nur an Mitglieder oder potenzielle Wähler*innen, sondern an all diejenigen, die unsere Politik betrifft.

Es geht um feministische Kämpfe, den Kampf gegen Rassismus, Kämpfe gegen Polizeigewalt und es geht um Solidarität, z.B. mit wohnungslosen Personen, die Tag für Tag staatliche Repression erfahren. Es geht um alle, die in diesem ausbeuterischen, zerstörerischen System leben und überleben müssen!

Als Partei haben wir eine Aufklärungsverantwortung gegenüber der Gesellschaft, die wir an die erste Stelle unserer Kämpfe setzen müssen. Nur so können wir einen starken Gegenpol zum Kapitalismus schaffen und Mehrheiten für unsere Visionen gewinnen.

Daran möchte ich mitwirken und meine Erfahrung in Bewegungen, Hochschulpolitik, Partei- und Bildungsarbeit im nächsten Landesvorstand einbringen. Dafür hoffe ich auf euer Vertrauen.

Solidarische Grüße und passt aufeinander auf!

Lewia

Bewerbung als Mitglied im Landesvorstand 2021

Ich wurde 1963 in Ostfriesland geboren, bin Mutter von drei Kindern und nunmehr seit 37 Jahren glücklich verheiratet.



Mit der Gründung der WASG 2004 und der Gründung unserer Partei 2007 begann in den Vorständen meine politische Arbeit.

In folgenden Gremien bin ich zurzeit aktiv:

- Gemeinderat Neukamperfehn
- Kreisvorstand Leer
- Betriebsrätin der Firma ELAG

Für die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di aktiv in folgenden Vorständen:

- Landesfachgruppenvorstand Verkehr
- Landesfachgruppenvorstand Maritime Wirtschaft
- Bundesfachgruppenvorstand Maritime Wirtschaft

Sowie als Ehrenamtliche Mitarbeiterin:

- Ehrenamtliche Richterin am Emder Arbeitsgericht

Die Verliererinnen und Verlierer stehen jetzt schon fest

Es sind die Erwerbslosen, alte Menschen mit geringer Rente und mehrere Millionen Menschen, die aufgrund von Minijobs und Niedriglohnsektor bereits zu normalen Zeiten nicht wissen, wie sie über die Runden kommen. Es sind aber auch die aufgrund der Corona-Maßnahmen existentiell bedrohten Menschen, die ihrer Arbeit nachgehen.

Die Kämpfe für Klimagerechtigkeit und eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung sind nicht zu trennen. Deshalb müssen wir die Kämpfe für soziale Gerechtigkeit und Ökologie miteinander in Einklang bringen.

Um die Kreisverbände zu erreichen und diese zu stärken, hängt es von unserer verständlichen Sprache und von glaubwürdig auftretendem Vertreter*innen ab.

Ich selbst bin bodenständig und kann mich Volksnah artikulieren. Die Zukunft der Partei liegt mir sehr am Herzen, denn wir sind die einzige Partei, die die Interessen derjenigen vertritt, die tagtäglich ihre Arbeitskraft anbieten müssen.

Das Programm der LINKEN beginnt mit dem Satz:

„DIE LINKE als sozialistische Partei steht für Alternativen, für eine bessere Zukunft...“

Dies entspricht meinem Menschheitstraum, nämlich dass eine bessere Welt möglich ist. Deshalb frei nach Kästner, *Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.*

Der Kapitalismus ist erneut weltweit in eine tiefe Krise geraten. Diese Krise verschärft sich durch die Maßnahmen in der CORONA Pandemie. Dem muss eine Alternative von links entgegengesetzt werden.

Mein Ziel

DIE LINKE soll 2022 wieder in den Landtag einziehen. Um dieses Ziel zu erreichen, will ich mich mit meiner ganzen Erfahrung und Energie einsetzen. Erfahrungen aus dem täglichen Arbeitsleben, als Mitglied diverser ver.di Vorstände und ehrenamtlichen Aktivitäten bringe ich mit um dieses zu verwirklichen. All das deckt sich mit meiner Vorstellung von einer lebenswerten Zukunft,

Für dieses Ziel kämpfe ich.

Eure Franziska Junker

Ihr erreicht mich unter

junker@dielinke-leer.de

Bewerbung für den Landesvorstand:



Liebe Genoss*innen, ich, Susanne Steffgen, wurde am 28.01.1964, in Schifferstadt, Rheinland-Pfalz, geboren. Ich bin ausgebildete Maschinenschlosserin, staatlich geprüfte Maschinenbautechnikerin und Versicherungsfachfrau.

Als Linken-Mitglied im Kreisverband Oldenburg-Land bin ich seit 2016 Ratsfrau im Gemeinderat Ganderkesee und konnte dort meine politische Arbeit bereits sehr positiv umsetzen und einige Barrieren beseitigen.

In meinem Europawahlkampf 2019 wurde ich von einigen Kreisverbänden eingeladen und habe dort jeweils einen Vortrag mit viel

Interessen und Begeisterung gehalten. Auch habe ich durch den Europawahlkampf sehr viel lernen können, und wurde zu Podiumsdiskussionen, zu live Radio-Sendungen und TV eingeladen.

Wie sicherlich von Vielen bereits bekannt, bin ich in Vielem körperlich eingeschränkt. Genau das sind meine Stärken, und da unsere Bevölkerung immer älter wird, wird es auch immer mehr Menschen mit Einschränkungen geben.

Es muss so vieles geändert und an den Menschen angepasst werden. Wir müssen lernen, dass der Mensch wieder mehr in den Mittelpunkt rückt. Das Pflegesystem ist bereits sehr krank und muss total neu reformiert werden. Die Ausgrenzungen, Diskriminierungen und das Klassendenken muss dringend neu überarbeitet werden, und auch hier muss klar der Mensch mehr im Mittelpunkt stehen.

Die jetzige Pandemie hat uns leider gezeigt, dass es sehr viele Schwächen und Benachteiligungen in vielen Sparten gibt. Das muss positiv überarbeitet werden. Die Mobilität für alle, auch im Ländlichen Raum, muss deutlich besser ausgebaut und kostenlos werden. Die Miethaie haben die Mietpreise utopisch in die Höhe getrieben. Hier muss ganz klar mehr bezahlbarer und barrierefreier Wohnraum für Alle geschaffen werden. Bereits ab 2030 kommen die geburtsstarken Jahrgänge in Rente, somit wird es ab 2030 einen Anteil von über 40 bis 50 % der Menschen mit Einschränkungen geben. Es muss auch an die vielen Obdachlosen gedacht werden, die im Winter zu wenig Kleidung haben, um sich vor der Kälte und Erfrierungen zu schützen.

Es muss eine linke Problemlösung her, in der es verpflichtend sein muss, dass alle Menschen ein Recht auf eine warme und bezahlbare Wohnung haben.

Ich zähle auf eure Stimme!

Mit solidarischen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Steffgen'.

Eure Susanne Steffgen

Delegierte von der BAG selbstbestimmte Behindertenpolitik für den Bundesparteitag 2021
Europa Kandidatin 2019 (Spitzenkandidatin von Niedersachsen)

Sprecherin LAG Digital

Sprecherin SL Niedersachsen

Ratsfrau in der Gemeinde Ganderkesee

Stellvertreterin von forsea.de

Und weitere viele Mitgliedschaften

Bewerbung für den Landesvorstand – Behiye Uca, Celle

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich würde mich gern weiter im Landesvorstand für unsere Partei engagieren. Ich denke, inzwischen kennen mich ja die meisten von euch – trotzdem hier kurz einen Überblick über meinen biografischen Hintergrund und meine politische Motivation geben.

Ich bin seit der Kommunalwahl 2011 in Celle im Kreistag, Stadtrat und in einem Ortsrat für unsere Partei tätig. Im Ortsrat bin ich der Kommunalwahl 2016 stellvertretende Ortsbürgermeisterin.

Im Stadtrat bilde ich mit einem Ratsmitglied der Fraktion "Bündnis soziale Gerechtigkeit / BSG" eine Fraktion. Meine Schwerpunktthemen sind:

Im Kreistag setze ich mich vor allem für soziale Gerechtigkeit ein, dazu gehört der Kampf für ein Sozialticket und die Verbesserung in Sachen Kosten der Unterkunft für Hartz IV-Empfänger*innen. Zuletzt ist die Frage „Atomüll-Endlager“ dazu gekommen, weil bei uns im Landkreis ein Teilgebiet ausgewiesen ist. Hierzu habe ich (erfolglos) die Einrichtung eines gesonderten Ausschusses beantragt.

Im Stadtrat sind unsere Schwerpunkte Klimaschutz und Mobilitätswende. Wir setzen uns daneben auch für die Rechte von Geflüchteten ein. Da habe ich zuletzt versucht, mit einer Anfrage Aufklärung darüber zu schaffen, warum eine Flüchtlingsunterkunft wegen eines Corona-Falls komplett unter Quarantäne gestellt worden ist.

Mehr könnt ihr auf der Seite <https://www.facebook.com/linke.bsg> erfahren.

Als Schwerpunkt liegt dieses Jahr die Bundestagswahl vor uns. Ich denke, dass wir – auch unter Gesichtspunkten von Corona – gute Chancen haben, mit unserem Programm für soziale Gerechtigkeit wieder mehr Gehör zu finden. Wir müssen herausstellen, dass Klimagerechtigkeit unmittelbar mit sozialer Gerechtigkeit verbunden ist. Wir haben ein Programm zur sozial-ökologischen Transformation, das sich deutlich von den Vorstellungen anderer Parteien unterscheidet. Dafür müssen wir eintreten und werben. Wir müssen klar machen, dass wir eine radikale Wende brauchen und dass wir dafür einstehen, dass dabei niemand auf der Strecke bleibt.

Und wir müssen deutlich machen, dass wir die Reichen mit Vermögenssteuer und einer anderen Erbschaftssteuer stärker an den Lasten beteiligen wollen, die nicht nur Corona, sondern auch die Zukunftsaufgaben bringen werden.

Gern würde ich meine Arbeit im Landesvorstand fortsetzen.



Behiye Uca, 29221 Celle

Behiye-Uca@hotmail.de

geboren in Batman (türkisch Kurdistan), seit meinem zweiten Lebensjahr in Celle;

bis zur Geburt meines Sohnes (heute 24 Jahre) Arbeiterin in der Telefunken-Fernsehfabrik, dann tätig als Verkäuferin;

heute leite ich die Feleknas Uca Stiftung e.V., die sich für die Rechte von Frauen und Kindern einsetzt;

ehrenamtlich bin ich tätig in der Flüchtlingshilfe und -beratung sowie als Sprachmittlerin;

seit 2009 bin ich in unserer Partei, seit 2015 Mitglied im Landesvorstand.

Bewerbung für den Landesvorstand 2021



Zu meiner Person:

Friedrich-Bernd Albers, geboren 1969 in Emden

Verheiratet, 2 Töchter

Mitglied der Partei seit 2018, aktiv im KV Emden

Beschäftigt bei Volkswagen als Betriebsrat (IG Metall)

Mitglied der LAG Betrieb & Gewerkschaft

Bundesparteitagsdelegierter der Region 1

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich bewerbe mich für den Landesvorstand.

Zur Linken habe ich über die gewerkschaftspolitische Schiene gefunden. Durch meine Tätigkeit als Betriebsrat und Gewerkschafter werden mir jeden Tag die Auswirkungen einer Politik vor Augen geführt, welche die Menschen auf das Dasein als „Humanressourcen“ reduziert.

Beschäftigungsformen wie Leiharbeit, Werkverträge und sachgrundlose Befristungen sowie das Hartz4 System entwürdigen, verängstigen und entwurzeln die Menschen. Diese Politik hat zu einer beispiellosen Entsolidarisierung der Gesellschaft geführt, bei der die meisten Menschen verlieren.

Die Missstände im System werden aktuell durch die Pandemie noch gnadenloser offengelegt. Die perverse Umverteilung von unten nach oben wird nochmals beschleunigt und lässt noch mehr Menschen durch das soziale Netz fallen.

Was gilt es also zu tun?

Wir müssen es schaffen, dass unsere Partei das Kernthema soziale Gerechtigkeit stärker besetzt und auch so auftritt! Denn nur wenn wir es schaffen die Lebensbedingungen der Menschen grundlegend zu verbessern, schaffen wir es auch dieses Land, egal ob ökologisch oder ökonomisch, zum Besseren zu verändern.

Wir müssen es schaffen, dass unsere Partei von denen, die nichts weiter zu verkaufen haben als Ihre Arbeitskraft, als Verbündete wahrgenommen wird.

Was kann ich dazu beitragen?

Ich will meine jahrelange Erfahrung in der Gewerkschaftsbewegung, meine Fähigkeit sich in Wort und Schrift klar und für jeden verständlich zu artikulieren, im Landesvorstand einbringen. Ich bin entschlossen tatkräftig und engagiert für unser gemeinsames Ziel zu kämpfen:

Den Wiedereinzug in den niedersächsischen Landtag!

Mit solidarischen Grüßen

Kandidatur für den Landesvorstand Maik Brückner, Hildesheim



Liebe Genoss*innen,

ich bin Maik Brückner, 28 Jahre alt, geboren in Weener und aufgewachsen im Landkreis Leer in einer Arbeiterfamilie. Nach meinem Realschulabschluss habe ich in Papenburg eine Ausbildung im Betrieb zum Mediengestalter gemacht. Später bin ich fürs Studium nach Hildesheim gezogen, dort schnell im Hildesheimer Kreisverband sowie in antifaschistischen Bündnissen aktiv geworden. 2014 habe ich zusammen mit Genoss*innen den Sozialistisch Demokratischen Studierendenverband (SDS) Hildesheim gegründet. Um den SDS bundesweit voranzubringen und in der Außenwirkung unverwechselbar zu machen, habe ich 2016 das bekannte Corporate Design entworfen. Seit 2017 bin ich Mitarbeiter bei Pia Zimmermann.

Politisches Design

Politisches Design ist einer meiner Schwerpunkte in der Partei und der bisherigen Landesvorstandsarbeit. Für die Kampagne zur Kommunalwahl habe ich einen partizipativen Designprozess organisiert, um möglichst viele Genoss*innen und ihr kreatives Vermögen einzubinden. Bei einer Arbeit als Designer ist mir wichtig, dass wir uns bei der Konzeption von Wahlkampagnen mehr darum kümmern, die Partei zu einem lebendigen Ort zu machen, an dem sich Genoss*innen nach ihren Möglichkeiten einbringen können und das auch nach außen ausstrahlen. Kampagnen und Design sollen helfen, dass wir uns mit der Partei identifizieren und ohne Scheu sagen können: Ich bin LINKE*RI!

Wir als Sozialist*innen haben die fortschrittlichsten Positionen - sorgen wir dafür, dass auch unsere Ansprache die fortschrittlichste ist! Für unsere Kommunalwahlkampagne sind wir bereits neue Wege gegangen, um mehr Mitbestimmung bei Gestaltung und Design zu ermöglichen. Für die Landtagswahlkampagne will ich noch weitere Möglichkeiten schaffen, damit sich viele Genoss*innen beteiligen können.

Kommunalpolitik stärken

In den letzten zwei Jahren habe ich Workshops und Vorträge zu linker Öffentlichkeitsarbeit, aber auch zu linker Kommunalpolitik gegeben. Seit 2016 bin ich für DIE LINKE im Stadtrat Hildesheim. Meine Schwerpunkte dort sind Frieden, Antifaschismus und Wohnungspolitik. Die kommunalen Mandatsträger*innen sind gerade in Anbetracht der fehlenden Landtagsfraktion ein sehr wichtiger Faktor für die öffentliche Präsenz der Partei. daher muss der Kommunalwahlkampf reinhauen. Denn unser Erfolg dort hängt eng mit der Frage zusammen, wie wir uns auch in den ländlichen Räumen verankern können. Mehr kommunale Mandate und eine bessere Verankerung ermöglichen uns Rückenwind für die Landtagswahlen.

Mitgliederpartei

Die beste Mitgliederwerbung ist eine aktive Mitgliederpartei vor Ort. Die Verankerung vor Ort sowie eine aktivierende und organisierende Basis sind der Schlüssel für erfolgreiche Politik. Darüber hinaus müssen wir uns aber auch ernsthaft einige Fragen stellen: Welche Mittel wollen wir nutzen um Menschen zu aktivieren? In Hildesheim haben wir ein wöchentliches Aktiventreffen etabliert, das auch während Corona Diskussionsraum für die Mitgliedschaft bot. Die Herausforderung von Corona haben wir im Kreisverband gut zusammen gemeistert, die Aktivität nach Möglichkeit aufrecht erhalten.

Der Kapitalismus und seine Krisen spitzen sich zu. Umso gefragt sind wir, denn wir erzeugen kritische Öffentlichkeit gegen dieses Schweinesystem! Mit meinen Erfahrungen aus kommunaler Mandatstätigkeit, Basisaktivität in Partei und SDS, außerparlamentarischen Bündnissen sowie Ausbildung und Studium im Designbereich möchte ich mich weiterhin im Landesvorstand einbringen und würde mich daher über euer erneutes Vertrauen freuen.

Mit sozialistischen Grüßen

Maik Brückner

20. Februar 2021

Bewerbung für den Landesvorstand

Liebe Freunde*innen,

ich möchte mich hiermit um einen Sitz im Landesvorstand bei euch bewerben.

Für eine gute Zukunft meiner Kinder bin ich 2016 der Linken beigetreten.

Der ländliche Raum ist der Ort, an dem ich mit meiner Familie wohne und bereits sein der Kommunalwahl 2016 erfolgreich Politik umsetze.

Der Landkreis Cloppenburg, als deutschlandweite CDU-Hochburg (BTW 2017 56 %), ist auch der Ort, an dem mich wenige Linke vor 2 und 4 Jahren zum Kreissprecher gewählt haben. Seitdem ist viel passiert. So haben wir nicht nur eine Verjüngung und ein Mitgliederzuwachs bekommen. DIE LINKE ist auch in der ständigen Wahrnehmung bei allen politischen Themen des Landkreises und konnte bereits 2016 insgesamt 5 Mandatsträger in regionale Gemeinde- und Stadträte entsenden. Diese Wahrnehmung und viele Aktionen sind sicher mitverantwortlich dafür, dass die „Rechten“ bei uns nicht gut Fuß fassen.

Mir ist ein verlässliches und glaubhaftes Auftreten unserer Partei sehr wichtig. Von innerparteilichen Querelen, Meckerern und ewig Gestrigen halte ich wenig, da es keinem etwas nützt und am wenigsten denen, für die wir Politik machen. Linke Politik sollte (gerade trotz vieler thematischer Probleme) Zuversichtlichkeit und Spaß im Wahlkampf nach außen tragen. So können sich Menschen und dann auch Wahlen für uns entscheiden!

Ich möchte an einer modernen Partei mitarbeiten, die Ihren Daseinszweck nicht zuletzt darin sieht, bei Wahlen rote Plakate aufzuhängen, sondern vielmehr für eine kritische und solidarische Gemeinschaft streitet, die besonders den wirtschaftlichen Schwächeren in unserer Gesellschaft zu Gute kommt.

Mein politisches Ziel ist DIE LINKE in den Landtag zu bringen! Das gelingt uns nur, wenn wir uns auf unsere Gemeinsamkeiten besinnen und in einem Team spielen. Ich bin Teamspieler und bereit, für unsere Kinder und die Schwächsten der Gesellschaft mit dem gewählten Landesvorstand eine starke Stimme zu erheben, wenn ihr mir das Vertrauen schenkt!

Liebe Grüße und wir sehen uns



Tom Dobrowolski, 1. Vorsitz



Kurzporträt

Name: Tom Dobrowolski
Geboren: 30.07.1988 in Rastorf
Familienstand: verheiratet, 2 Kinder

Politisches

Parteimitglied seit 2016

Stadtrat seit 2016

Kreisvorsitzender seit 2017
im Kreisverband Cloppenburg

Mitglied der Ökologischen Plattform
seit 2019



Stefan Klingbeil - Kandidatur Landesvorstand

Geehrte Genossinnen und Genossen,

seit meinem Eintritt in die Partei bin ich aktives Mitglied mit Leidenschaft. Als langjähriger Kreisvorsitzender in einem ländlichen Landkreis teile ich die Fragen vieler ehrenamtlicher Funktionsträger:innen: Wie sollen wir all das nur schaffen?

Den eigenen Anforderungen gerecht werden zu wollen, führt nicht selten zu Ernüchterung und Enttäuschung. Mehr Zeit, um die eigenen Projekte umzusetzen, ist ein stetiger Wunsch. Stellen wir uns dieser Sehnsucht!

In den vergangenen Jahren wurde eine nicht zu verkennende, wichtige Arbeit in die Außendarstellung der Landespartei gesteckt. Um die eigenen Mitglieder und nicht nur die Wähler:innen zufrieden zu stellen, bedarf es auch einen Blick hinein in die Partei. Mein Augenmerk richtet sich daher auf die innerparteiliche Kommunikation, an die Erwartungen und Anforderungen zwischen Basis und Landesverband und umgekehrt.

Nach meiner zweijährigen Zeit möchte ich drei Ziele umgesetzt haben:

1. Der Landesverband nutzt die Bundescloud als Arbeits- und Organisationsmedium. Vorlagen, Formulare und jegliche Art von Hilfen für die politische Praxis und Theorie werden für Dich abrufbar sein.
2. Die Legende des Roten Ordners erzählen wir uns nur noch am Lagerfeuer! Ein parteiinternes rotes Wiki(pedia) hat diesen ersetzt und hält alle Mitglieder stets auf dem gleichen Wissensstand. Neumitglieder und Kreisvorstände finden dort nicht nur Antworten auf dringende Fragen, sondern werden an die Abläufe der Landespartei heran geführt.
3. Die Landespartei hat eine Kommunikationsplattform angeschafft, wie sie in sozialen Bewegungen gang und gäbe ist. Du ergänzt konstruktiv die Inhalte anderer Genoss:innen und plauderst auch mal über Belangloses in einer virtuellen PlauderBar.

Meine Rolle als Landesvorstandsmitglied sehe ich darin, Dir den Zugang zu Informationen zu ermöglichen, Zusammenarbeit zu fördern und Dir Möglichkeiten zur politischen Arbeit zu eröffnen.

Als Heilerziehungspfleger will ich zum einen ein fachlicher Ansprechpartner für die Belange der Inklusionsbeauftragten Person sein. Zum anderen habe ich mir schon während meiner Zeit als Gruppenleiter einer heilpädagogischen Kleingruppe in einer Kindertagesstätte geschworen, mich auf politischem Wege für einen besseren Personalschlüssel einzusetzen. Insbesondere dort, wo es um eine intensive Betreuung von Kindern mit emotional-sozialen Bedürfnissen geht, ist dies mehr als notwendig.

Als Bildungswissenschaftler ist mir die systematische, soziale Ungleichheit des Bildungswesens mehr als bewusst. Daher darf es keine Gesamtschule ohne Oberstufe geben und reine Gymnasien gehören überführt. Der Personalnotstand in Schulen ist auf eine Hochschulpolitik zurück zu führen, die es Universitäten nicht ermöglicht, mehr Lehrkräfte auszubilden. Das muss sich ändern, dafür werde ich mich einsetzen.



Biografie:

Jahrgang 1987 (33),
Geb. in Cloppenburg

Wohnhaft in Rotenburg (Wümme)

Heilerziehungspfleger &
Bildungswissenschaftler
(Bachelor of Arts)

Schwerpunkte:

Mediale Bildung und
Medienkommunikation,
Betriebliches Lernen
und berufliche
Kompetenzentwicklung

Mitgliedschaften :

DIE LINKE. seit 2017,
kein Zusammenschluss,
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Niedersachsen e.V.,
ver.di,
Villa Rotenburg e.V.,
Greenpeace,
Turn- und Sportverein

Politische Bildung:

CAMPUS Strategien zur
Weltverbesserung –
Rosa-Luxemburg-Stiftung

Bewegung:

Aufstehen gegen Rassismus
Rotenburg (Wümme)



STEPHAN MARQUARDT

Parteiarbeit:

Seit 2013 Mitglied Die Linke.
KV Hameln-Pyrmont

2014-2017 **Kreisschatzmeister** im KV
Hameln-Pyrmont

Seit 2015 Mitglied der
LAG Betrieb und Gewerkschaft

Seit 2016 Mitglied des
Landesvorstandes Niedersachsen

Seit 2017 **Kreissprecher** des KV Hameln-
Pyrmont

Seit 2018 Mitglied des
Sprecher*innenkreis der **LAG Betrieb
und Gewerkschaft**

2019 **Wahlkampfleiter** und Mitglied der
WKK zur Europawahl in Niedersachsen

2018-2019 **Ersatzdelegierter zum
Bundesausschuss**

Seit 2019 Mitglied im
Sprecher*Innenkreis der
**Bundesarbeitsgemeinschaft Betrieb und
Gewerkschaft**

Seit 2020 **Delegierter zum
Bundesausschuss**

Bewerbung für den Landesvorstand

Liebe Genossinnen und Genossen,

hiermit bewerbe ich mich auf eine dritte Amtszeit in unserem Landesvorstand Niedersachsen. In den vergangenen Jahren habe ich in meinem Wirken im Landesvorstand immer viel Wert darauf gelegt sowohl gewerkschaftliche Positionen als auch soziale Gerechtigkeit nach vorne zu stellen.

Mein Know-how und meine Arbeitsbereitschaft habe ich dabei sowohl in den Arbeitsgruppen des Landesvorstandes als auch in der Öffentlichkeitsarbeit in Form von Pressemitteilungen eingebracht. Ebenfalls war es für mich immer selbstverständlich, den Kontakt und das Verhältnis zu den DGB-Gewerkschaften zu verbessern und zu pflegen.

Eine schöne Erfahrung war es für mich ebenfalls, 2019 den Europawahlkampf in Niedersachsen als Wahlkampfleiter zu organisieren und mit einem starken Team einen Wahlkampf auf die Beine zu stellen, der sich vor allem an den Gegebenheiten auf dem „platten Land“ bezieht und somit unsere Situation in Niedersachsen mit seinen ländlich geprägten Räumen und kleinen Kreisverbänden abbildet. Dieser basisorientierte und gut strukturierte Wahlkampf hat vielen Genossinnen und Genossen großen Spaß gemacht und war im Vergleich zu den Wahlkämpfen anderer Landesverbände auch der Erfolgreichste.

In der Arbeit des Landesvorstandes ist es mir wichtig, auch andere Positionen zu hören und diese nicht zu übergehen. Debatten dürfen nicht blutleer, sondern müssen auch mit Herz geführt werden, solange die Beschlüsse im Anschluss gemeinschaftlich umgesetzt werden. Dies wird in den Superwahljahren 2021 und 2022 besonders wichtig, wenn wir unser angestrebtes Ziel - den Wiedereinzug in den niedersächsischen Landtag - erreichen wollen.

ZUR PERSON

Name: Stephan Sebastian Marquardt (geb. Hormann)

Beruf: Energieelektroniker Fa. Anlagentechnik bei der Siemens AG in Bremen

Seit 2011 Gewerkschaftssekretär in der IG Metall

Verheiratet, eine Tochter

Geboren 18.11.1984 in Bremen

Telefon: 01573/3211153

Email: Marquardt.Stephan@web.de

Mit solidarischen Grüßen

Stephan Marquardt

Bewerbung für den Landesvorstand

Arnold Neugebohrn

Kreisverband Osterholz
Mitglied seit 2005 (damals WASG)
Ratsmitglied in Schwanewede
Sprecher zweier Bürgerinitiativen



Liebe Genossinnen und Genossen,
ziemlich lange hab ich's überlegt – und dann entschieden! Ich kandidiere, und, wie gesagt, ganz entschieden.

Um es klar zu sagen: Es ist wirklich nicht alles schlecht im Landesverband Niedersachsen, aber einiges könnte auch besser sein. Und eben auch im Landesvorstand. Da will ich nicht von außen meckern, sondern Verantwortung übernehmen und meinen Beitrag leisten.

Viele kennen mich von meiner Arbeit als Präside des Landesausschuss und Sprecher der Landesbildungskommission. Aufgaben, die ich aus der Überzeugung wahrgenommen habe, dass das Motto unserer Partei „Links wirkt!“ stärker wird, wenn wir eine klare politische Orientierung haben und gefestigte Strukturen, die auch mal Krisen überstehen. Es nützt wenig, wenn wir punktuell tolle Aktionen hinkriegen, auch Mitglieder dabei gewinnen, aber eben nicht klar wird, wofür wir überhaupt eine linke Partei brauchen. Viele Mitglieder bleiben dann nur kurz.

Ich möchte einen Beitrag dazu leisten, dass der Landesvorstand sich als kollektives Gremium versteht. Gemeinsam stehen seine Mitglieder in der Verantwortung. NIEMAND WIRD DIE WELT ALLEIN VERÄNDERN! Und niemand sollte glauben, ohne ihn oder sie geht es nicht!

Wir haben einen riesengroßen Trumpf: Wir wissen, dass der Kapitalismus ein Auslaufmodell ist. Zwei Drittel der Menschheit lebt am oder unter dem Existenzminimum. 16% haben sich 60% der Corona-Impfstoffe gesichert! Das ist SEIN Gesicht!

Keine Zeit, persönliche Querelen voranzustellen!

Arnold Neugebohrn

Julien Niemann / KV Oldenburg/Ammerland

Kandidatur für den Landesvorstand

Zur Person:

- 26 Jahre alt
- Mitglied seit 2019



Gemeinsam stark!

DIE LINKE bleibt derzeit in sämtlichen Umfragen und Wahlen – mit Ausnahme von Thüringen – weit hinter ihren Möglichkeiten zurück. Wir können und dürfen nicht mit Werten zufrieden sein, die unterhalb der Zweistelligkeit liegen; diese Partei, wir alle, können deutlich mehr – wir können stärkste Partei links der CDU sein! Laut einer Umfrage der *Forschungsgruppe Wahlen* von 2019 empfinden 58% der Deutschen die Zustände in diesem Land als sozial (sehr) ungerecht.¹ Es ist grenzt schon an Ironie, dass unsere Partei es nicht schafft daran anzuknüpfen und sich öffentlichkeitswirksam als DIE soziale Kraft bei Wahlen zu etablieren – obwohl wir alle wissen, dass wir das Potenzial haben. Dafür müssen wir strömungsübergreifend an einem Strang ziehen. Wir dürfen uns nicht an einzelnen Personen aufreiben, sondern müssen unsere Gemeinsamkeiten in den Vordergrund stellen. Bei allen Differenzen in Detailfragen, verfolgen wir alle doch dasselbe Ziel: ein demokratischeres Land, mehr Chancengleichheit, mehr soziale Gerechtigkeit, eine friedlichere Welt, einen verantwortungsvollen und nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen. Lasst uns gemeinsam dafür kämpfen – mit solidarischen Debatten, die sachlich geführt werden und immer unser Ziel vor Augen haben. Ich stehe für eine offene Debattenkultur, für das Zuhören, einen solidarischen Umgang miteinander. Lasst uns nach außen mit klarer und deutlicher Sprache auftreten und uns in Gesprächen mit potentiellen Wähler*innen nicht im theoretischen Wirrwarr verlieren – so interessant es auch ist. Dieses Land, die Bundesländer, die Kommunen, die Menschen brauchen eine soziale Kraft. Sie brauchen DIE LINKE.

Ökonomische Fragen

Wie nun aber kann es sein, dass bei all den massiven Schieflagen in diesem Land kaum jemand der LINKEN vertraut? Unsere größte Kompetenzzuschreibung erhalten wir beim Thema *Soziale Gerechtigkeit* – völlig zurecht! Wieso aber kommen dieser und der o.g. Umfragewerte nicht zusammen? DIE LINKE wird leider zeitgleich als ökonomisch absolut unfähig wahrgenommen – das muss leider in aller Deutlichkeit so gesagt werden. Das muss sich unbedingt ändern und dazu möchte ich als Teil des Landesvorstandes beitragen. Denn wir können uns streiten, ob wir nun die soziale Frage in den Mittelpunkt unserer Parteiarbeit stellen, oder einen stärkeren Fokus auf die ökologische Frage richten sollten; beide sind zuallererst ökonomische Fragen! Die gilt es anzugehen, und uns im öffentlichen Auftreten endlich wirtschaftliche Kompetenz zuzusichern – ob mit Hilfe der MMT, (Post-)Keynesianismus oder anderen ökonomischen Denkschulen. Lasst uns gemeinsam das Superwahljahr 2021 erfolgreich begehen und nächstes Jahr führen wir DIE LINKE endlich wieder in den Niedersächsischen Landtag – die Krise hat uns gezeigt, wie dringend notwendig das ist!

¹ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/214482/umfrage/meinung-zur-gerechtigkeit-in-der-deutschen-gesellschaft/>

Bewerbung für das Amt der Inklusionsbeauftragten

Ich bin Kristina Schulz

Ich komme aus Göttingen

Seit 2005 arbeite ich in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung.

Deswegen kenne ich die Ursachen für Exklusion und deshalb setze ich für die Inklusion von Menschen mit Behinderung ein.

Es gibt viele Formen von Behinderungen.

Deshalb gibt es auch viele Formen von Barrieren.

Ich finde wichtig, dass Politik verständlich ist.

Auch Menschen mit Lernschwierigkeiten soll sie verstehen.

Ich setze mich bereits für Menschen mit Behinderung ein.

Seit 2009 bin ich Werkstatträtin

Seit 2012 bin ich in der Partei die Linke

Zur Partei die Linke bin ich über die BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik gekommen.

Ich bin im SprecherInnen Rat der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik.

Ich bin im Kreissprecherrat des Kreisverbandes Göttingen Osterode.

Bewerbung als Kandidatin zur Inklusionsbeauftragten für Niedersachsen

Liebe Genoss*innen, ich, Susanne Steffgen, wurde am 28.01.1964, in Schifferstadt, Rheinland-Pfalz, geboren. Ich bin ausgebildete Maschinenschlosserin, staatlich geprüfte Maschinenbautechnikerin und Versicherungsfachfrau.

Als Linken-Mitglied im Kreisverband Oldenburg-Land bin ich seit 2016 Ratsfrau im Gemeinderat Ganderkesee und konnte dort meine politische Arbeit bereits sehr positiv umsetzen und einige Barrieren beseitigen. Die Partei Die Linke hat bereits eine Inklusionsbeauftragte auf Bundesebene, Magrit Glasow, deren Arbeit ich sehr schätze. Auf dem Erfurter Parteitag 2011 wurde beschlossen, dass bis 2022 auch auf Landesebene eine entsprechende Stelle geschaffen wird. In einigen Bundesländern ist dieses bereits erfolgreich umgesetzt worden. Gerne knüpfe ich an meinen erfolgreichen Europawahlkampf an, um die Interessen von allen Menschen mit Einschränkungen zu vertreten. Dazu zählen die geistig und/oder körperlich eingeschränkten Menschen, sowie auch die seelisch Betroffenen. In meinem Europawahlkampf 2019 wurde ich von einigen Kreisverbänden eingeladen und habe dort jeweils einen Vortrag über das 10-jährige Bestehen der UN BRK gehalten. Die Vorträge waren immer gut besucht und das Interesse am Thema war sehr hoch. Seit vielen Jahren bin ich sehr stark engagiert in der BAG Selbstbestimmte Behinderten-Politik, und habe auch von hier eine starke Anbindung und Unterstützung. Innerhalb der BAG hat man es sehr begrüßt, dass ich Mitte 2019 gemeinsam mit der AG Antidiskriminierung den Antrag gestellt habe, dass in Niedersachsen eine Stelle als Inklusionsbeauftragte geschaffen werden soll.



Meine Ziele sind :

1. Die Umsetzung des innenparteilichen Teilhabekonzeptes von 2014, so dass wir es auch Menschen mit Einschränkungen ermöglichen können mehr politische Aufgaben und Funktionen übernehmen zu können.
2. Die Partei Die Linke nach aussen gut und glaubhaft zu vertreten.
3. Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Die Barrierefreiheit und Teilhabe am Gemeinschaftsleben muss für uns alle verbindlich ermöglicht werden.
4. Wir müssen von der Exklusion wegkommen und eine tatsächliche Inklusion umsetzen.
5. Es dürfen keine Menschen diskriminiert und/oder ausgeschlossen werden.
6. Unterstützung des Landesbüros Niedersachsen, der Kreisverbände und der Genossen und Genossinnen bei der Umsetzung des Teilhabekonzeptes, so dass Inklusion auch tatsächlich gelebt werden kann.

Im Anschluss einige Videos von Reden, Vorträgen, etc. von mir.

Antragstellung zur Einrichtung einer Stelle als Inklusionsbeauftragte/r in Niedersachsen
<https://youtu.be/GwZkN6KDKZw>

Europawahlkampf wurde in Hallo Niedersachsen ausgestrahlt https://youtu.be/2XUDAn9_sYM

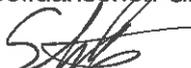
Hier ein Film Beitrag welcher in den Nachrichten RTL Nord ausgestrahlt wurde. Es geht um den Kampf zur Gewährung des persönlichen Budgets, um ein selbstbestimmtes Leben umsetzen zu können. <https://youtu.be/MQvH5bO3JZk>

Meine Bewerbungsrede auf dem Bundesparteitag in Bonn 2019 <https://youtu.be/9lqfvVUCtTs>

Kundgebung in Hannover zur Europawahl 2019 <https://youtu.be/rI01x83IRTo>

Ich zähle auf eure Stimme!

Mit solidarischen Grüßen


Eure Susanne Steffgen

Delegierte von der BAG selbstbestimmte Behindertenpolitik für den Bundesparteitag 2021

Europa Kandidatin 2019 (Spitzenkandidatin von Niedersachsen)

Sprecherin LAG Digital

Sprecherin SL Niedersachsen

Ratsfrau in der Gemeinde Ganderkesee

Stellvertreterin von forsea.de

Klaus Rippl
Konradstraße 12
30457 Hannover

Hannover, 20. Februar 2021

DIE LINKE. Niedersachsen
An die Delegierten des 8. LPT
Goseriede 8
30159 Hannover

Bewerbung auf dem 8. Landesparteitag für die Finanzrevisionskommission des Landesverbandes

Liebe Genoss*innen,

hiermit bewerbe ich mich bei Euch auf dem 8. Landesparteitag um ein Mandat für die Landesfinanzrevisionskommission.

Ich bin seit 2015 Mitglied unserer Partei und habe von Mai 2017 bis Februar 2021 als Schatzmeister für den Kreisverband Region Hannover gearbeitet. Weitere Mandate besitze ich nicht. Hauptberuflich bearbeite ich als Ingenieur lösungsorientiert technische Probleme der Betreiber*innen von Infrastrukturanlagen in Deutschland.

Mit der Landesschatzmeisterei möchte ich konstruktiv zusammenarbeiten.

Nichtsdestotrotz habe ich auch im Kreisverband Hannover während meiner Tätigkeit stets auf eventuelles finanzielles Fehlverhalten der Gremien hingewiesen und darauf gedrängt, diese abzustellen.

Sofern eine helfende Hand gewünscht ist, stehe ich zur Unterstützung des Landesverbandes gern zur Verfügung.

Herzliche Grüße

Klaus Rippl

Tel. 0160/962 542 60
klaus.ripl@web.de





Torben Franz
Kandidatur für die Landesschiedskommission

Liebe Genoss*innen,

hiermit bewerbe ich mich um die Mitgliedschaft in der Landesschiedskommission. Aus meiner Erfahrung als Arbeiter*innenkind und Sozialarbeiter weiß ich darum wie schwierig die Rechtsdurchsetzung für weite Teile unserer Gesellschaft ist. Ich bin tagtäglich damit konfrontiert, sei es nun bei mir selbst oder meinem nächsten Umfeld oder aber bei der Beratung von Wohnungslosen oder Erwerbslosen.

Auch aus antifaschistischen Kämpfen habe ich gelernt, dass dieser Staat den Nazis ein freies Geleit gewährt und ihnen im Zweifel noch Waffen in die Hand drückt während antifaschistische Demonstrationen verboten oder zusammengekürzt werden. Ich habe auch die Erfahrung kennengelernt beim Staatschutz sitzen zu müssen, weil irgendwelche Faschisten deinen Namen nennen.

Aus diesen Erfahrungen heraus will ich mich für die Landesschiedskommission bewerben um meine Perspektiven einzubringen. Auch die Funktionen unserer Partei müssen basisdemokratisch und zugänglich für alle sein. Dies muss sich auch in der Landesschiedskommission widerspiegeln, die dazu beitragen muss eine konstruktive Streitkultur zu schaffen und aufrecht zu erhalten.

Zusätzlich ist es mir wichtig auch präventiv wirken zu können und die Eskalation von Konflikten zu vermeiden. Hier werde ich daran arbeiten, eine Anlaufstelle für nicht-juristische Sachverhalte zu schaffen, wie z.B. die Aktivierung der Antidiskriminierungsbeauftragten im Landesvorstand. Diese sollten bei Konflikten deeskalierend wirken und dabei unterstützen unsere solidarische Parteikultur aufzubauen und aufrecht zu erhalten.

Mit solidarischen Grüßen

Torben Franz

Biografie

geb. am: 18.08.1994
Student B.A. Soziale Arbeit
bereits tätig in der
Wohnungslosenhilfe und
Erwerbslosenberatung

Mitgliedschaften:

Ratsmitglied im Stadtrat Nienburg
Vorstandsmitglied KV Nienburg
Linksjugend [´solid] Ver.Di
Weserbeatz e.V.

Kontakt:

torben.franz94@web.de
0162 5917759

Bewerbung für die Mitgliedschaft in der Landesschiedskommission

Mein Name ist Hans Schulze-Eickenbusch, ich bin 74 Jahre alt, Rechtsanwalt und Notar a.D. und seit 54 Jahren in verschiedenen linken Organisationen aktiv.

Der LSchK gehöre ich seit 2 Jahren an, davon ein Jahr als Vorsitzender. In dieser Zeit habe ich die ganz überwiegende Zahl der Verfahren vorbereitet und die Beschlüsse entworfen. Im Falle meiner Wahl werde ich die Funktion des Vorsitzenden altersbedingt nicht mehr ausüben.

Ich gehöre keiner „Fraktion“ und keinem Zusammenschluss an. Ich bin niemandem verpflichtet und arbeite mit jedem zusammen, der eine ernsthafte Zusammenarbeit anbietet. Es geht mir um die Arbeitsfähigkeit der Partei und um einen fairen Umgang und eine solidarische Streitkultur.

Ich bin allergisch gegen Machtmissbrauch und Klüngeleien, gegen Postengeschacher und Denunziantentum.

Es ist mir völlig egal, welchen Listenplatz oder Posten der Genosse A. oder die Genossin B. bekommt, weil ich zutiefst davon überzeugt bin, dass durch derartige Personalentscheidungen der Sozialismus keinen Tag früher oder später Einzug halten wird.

Die Partei ist ein Zusammenschluss sehr unterschiedlicher linker Strömungen und keine Kaderpartei. Ich verstehe, wenn versucht wird, der eigenen Richtung Geltung zu verschaffen. Ich akzeptiere aber nicht, wenn dies mit Mitteln der Denunziation, Beleidigung oder Kriminalisierung geschieht. Politische Auseinandersetzung ist wichtig, richtig und notwendig. Unsolidarische persönliche Auseinandersetzungen schaden der Partei.

Diesen Schaden von der Partei abzuwenden ist mein Anliegen. Dafür bin ich weiterhin bereit meine begrenzte Lebenszeit aufzuwenden. Wenn ihr mich nicht wählt bin ich nicht beleidigt und falle auch nicht in ein tiefes Loch. Ich habe auch noch was anderes zu tun.

Hans Schulze-Eickenbusch

Vorstellung Sebastian Stoffregen

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich kandidiere erneut für die Landesschiedskommission auf der gemischten Liste und bitte um Eure Unterstützung.

Mein Name ist Sebastian Stoffregen, ich gehöre zum KV Harburg-Land und war dort zeitweise als Kreisverbandsvorsitzender im Vorstand tätig. Ich bin Mitglied der Partei DIE LINKE seit 2016. Ich bin 42 Jahre alt, geboren und aufgewachsen in Hannover und habe dort auch Rechtswissenschaften studiert. Ich bin selbstständiger Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht und seit Februar 2021 in der Kanzlei Arbeitnehmeranwälte Hannover tätig. Wir vertreten und beraten in unserer Kanzlei ausschließlich Arbeitnehmer*innen und Betriebsräte aus ganz Deutschland. Außerdem bin ich als Dozent für Betriebsratsfortbildung bei gewerkschaftlichen Bildungsträgern (IGBCE, NGG, ver.di) tätig und selber Gewerkschaftsmitglied.

Die Arbeit in der Landesschiedskommission macht mir trotz der widrigen Umstände großen Spaß. Ich möchte weiterhin dazu beitragen, innerparteiliche Konflikte durch ein transparentes und nachvollziehbares Verfahren zu befrieden oder zu entscheiden. Ein wichtiger Aspekt bei innerparteilichen Auseinandersetzungen ist für mich ein transparentes Verfahren und eine – wenn auch nicht immer für alle Beteiligten zufriedenstellende – aber doch immer nachvollziehbare Begründung.

Ich sehe die Aufgabe der Landesschiedskommission darin, Konflikte streng und ausschließlich an Hand der Satzung und Ordnung unserer Partei und ggf. des Parteiengesetzes unparteiisch zu entscheiden. Gerade weil sich gezeigt hat, dass es häufig um persönliche Streitigkeiten zwischen Parteimitgliedern geht, steht der Landesschiedskommission trotzdem keine Wertung in politischer Hinsicht, soweit sie die Satzung nicht betrifft, zu. Die Landesschiedskommission ist nicht dafür da, über politische oder menschliche Konflikte zu urteilen, sondern darüber zu entscheiden, ob sich Personen oder Gremien satzungsgemäß und rechtmäßig verhalten haben.

Ich bin überzeugt, dass wenn wir in der Lage sind uns endlich wieder persönlich zu treffen und mündliche Verhandlungen führen können, die Arbeit der Landesschiedskommission und deren Entscheidungen für die Parteien noch nachvollziehbarer und transparenter wird und Kompromisse einfacher gesucht und gefunden werden können. Ich möchte deshalb weiterhin sehr gerne meine juristischen und beruflichen Kenntnisse bei der Tätigkeit in der Landesschiedskommission einbringen.

Ich würde mich aber über Eure Unterstützung sehr freuen.

Mit solidarischen Grüßen

Sebastian Stoffregen